

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

276 (26.11.1932)

Volksfreund



TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTA MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber...
Anzeige 20 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Nichterhaltung des...
Anzeige 10 Pfennig, bei geschäftlicher Betreibung und bei Restkurs außer Kraft tritt o. Erfüllung...
Anzeige 10 Pfennig, bei Restkurs außer Kraft tritt o. Erfüllung...

Andere wöchentlichen Beilagen: Wein, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialist, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die...

Bezugspreis monatlich 1,82 Mark, wöchentlich 38 Pf. Einzelhefte o. Umschlüsselung...
1,00 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Umschlüsselung 10 Pfennig o. Ge...
scheidet 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postbestellstelle 2600 Karlsruhe o. Geschäftsstelle...
und Redaktionen: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Journal 7020/7021 o. Postfach 33111
Verlag: Hauptstr. 9 D.-Baden, Teichbühlstr. 12, Badstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 276 Karlsruhe, Samstag, den 26. November 1932 52. Jahrgang

Badische Koalition beendet

Ein Ultimatum der Zentrumsparlei

Klare Situation für den Parteitag

23. Karlsruhe, 25. Nov. Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumsparlei hielten heute hier in Karlsruhe eine Sitzung ab und faßten folgenden Beschluß:

„Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumsparlei kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß, daß eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitages, auf Grund deren die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dem Konkordat von der Stimmenthaltung zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoß gegen Treu und Glauben und politische Moral, als Zerstörung der Koalitionsgrundlage und damit als Aufzählung der derzeit bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sei.“

G. Sch. Die traditionelle Begrüßung des Parteitages, der morgen in der alten sozialdemokratischen Kongresshalle in Offenburg zusammentritt, ist durch den Beschluß der badischen Zentrumsparlei gegeben.

Die Zentrumsparlei kündigt an, daß die Ablehnung der Konkordate durch die Sozialdemokratie das Ende der Koalition zwischen der Sozialdemokratie und der Zentrumsparlei unweifelhaft zur Folge haben werde.

Durch diese Entscheidung der Zentrumsparlei ist die politische Situation für den Parteitag in Offenburg einwandfrei geklärt. Auch in der Stunde der Trennung nach über dreißig Jahren gemeinsamer und — wie wir ausdrücklich betonen — für das Land Baden in jeder Beziehung wertvollen Zusammenarbeit, soll der Wille zur Offenheit und Ehrlichkeit für uns, wie auch in der Zukunft, beherrschend sein.

Wir haben diesen Ausgang, d. h. diesen Beschluß der Zentrumsparlei erwartet. Der Schreiber dieses Artikels hat in der des öfteren schon erwähnten Konferenz vom 24. Oktober auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht, die entstehen werden, falls die Sozialdemokratie die Zustimmung zum Konkordat verweigert und darüber hinaus gegen das Konkordat stimmt.

Daß vom Zentrum diese Konsequenz gezogen werden würde, konnte angesichts der allgemeinen politischen und besonders auch der wirtschaftlichen Situation für die Sozialdemokratie nicht ausschlaggebend sein. Wir wissen den Wert und die Bedeutung der in Baden bisher bestehenden Koalition in vollem Umfange einzuschätzen; wir wissen, daß mit der Auflösung dieser Koalition in Süddeutschland vorläufig die Sozialdemokratie von jeglicher Teilnahme an einer Regierung ausgeschlossen ist; wir wissen, daß in Württemberg und in Bayern der Austritt aus der Regierung der Partei nicht die Chancen eröffnet hat, die man sich dort in manchen Parteien vorstellt hat; trotzdem sind wir darüber eingetreten, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion dem Konkordat die Zustimmung verweigert durch ein eindeutiges „Nein“ bei der Abstimmung im Landtage.

Dabei sind wir, das haben wir wiederholt zum Ausdruck gebracht, keine grundsätzlichen Gegner einer vertraglichen Abmachung mit den Kirchen. Wir unterheben uns darin auch von vielen unserer eigenen Parteigenossen. Aber in der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Situation, die letztere bedingt ausschlaggebend die erstere, erachten wir den Zeitpunkt für den denkbar ungünstigsten, ein solches Vertragswerk abzuschließen. Wir haben im Reich und wir haben in Baden viel größere Sorgen und Aufgaben, als Ansprüche der Kirchen auf unbegrenzte Zeiten durch einen Staatsvertrag geleistet zu werden. Wenn draußen unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen dahinvegetieren, wenn die politische und die soziale Reaktion im Reich zu tödlichen Schlägen gegen die um Menschenwürde und Sicherung der Weisheitsrechte kämpfenden Arbeiterklasse mit blutunterlaufenen Augen des wahnwitzigen Hasses anstürmt, wenn das Zentrum von seinen Interessen aus vielfach erklärt, mit den Todfeinden der deutschen Arbeiterbewegung Bindungen einer immerhin engen Zusammenarbeit anzuknüpfen wagt, dann braucht es sich wahrlich nicht zu wundern, wenn

sowohl die katholischen wie evangelischen sozialistischen Proletarier schärfsten Widerstand gegen einen Vertrag leisten, in welchem sie auch von kulturellen Gesichtspunkten aus eine Gefahr erblicken. Es ist tief bedauerlich, daß sowohl die Kurie wie auch das badische Zentrum in der Konkordatsfrage den ungeheuer schweren momentanen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen keinerlei Rechnung getragen und dadurch vielleicht im Lande Baden eine Entwicklung heraufbeschworen haben, die auch vom katholisch-kirchlichen Interesse aus sehr unerwünschte Folgen haben kann.

Dazu kam die in jeder Beziehung taktisch ungeschickte Behandlung dieser gesetzgeberischen Aktion durch die badische Regierung. Unheilvolle, bis zur Starrköpfigkeit getriebene Geheimnisträumerei, die selbst dem Hauptorgan der badischen Zentrumsparlei nach öffentlichem Geständnis Sorgen einflößte, die Vorgänge im Reich und die — nebenbei gesagt — auf die Arbeiterschaft aufreißende Legalsprechung der Nazis durch den Herrn Staatspräsidenten in seiner Rede im Kolpinghaus, haben mit dazu beigetragen, daß innerhalb der sozialistischen Arbeiterschaft die Stimmung durchbrach, die elementar die Ablehnung der Konkordate forderte.

Diesem Stimmungsdurchbruch in unseren proletarischen Kreisen Rechnung zu tragen, heißt wirklich nicht schwächliches Nachgeben unter Opferung politischer Gesichtspunkte; wir sind die allerletzten, die das zu tun Lust und Veranlassung besitzen. Aber sowohl die deutsche wie die badische Sozialdemokratie haben seit der Staatsumwälzung im Interesse der Erhaltung des Staates und des Reiches solch enorme Opfer gebracht, die ihnen beinahe reißlos mit schändem Untand gelohnt worden sind, daß wir es zu verstehen vermögen, wenn — ob zur richtigen oder unrichtigen Stunde — der aufgespeicherte Unmut sich Luft macht.

Wir weisen es daher mit allem Nachdruck und mit aller Schärfe zurück, wenn der Parteitag der badischen

Zentrumsparlei, Herr Abg. Dr. Föhr, in einem an anderer Stelle der heutigen Ausgabe auszugsweise wiedergegebenen Artikel gegen die Sozialdemokratie die Anklage glaubt schleudern zu dürfen, sie verübe einen unerhörten Verstoß gegen Treu und Glauben und gegen die politische Moral, wenn sie in Offenburg beschließt, daß ihre Landtagsfraktion gegen die Konkordate stimmen soll. Die Sozialdemokratie hat es nicht nötig — und sie muß es sich auch entschieden verbitten — von Herrn Dr. Föhr derartige ungeheuerliche, in den Tatsachen nicht begründete Beschuldigungen sich gefallen zu lassen. Die Sozialdemokratie, sowohl im Reich wie in Baden, hat den vollgültigen Beweis dafür geliefert, daß sie Treu und Glauben achtet und den Staatsnotwendigkeiten Rechnung zu tragen versteht. Sie hat ohne Rücksicht auf das eigene Parteiinteresse, das hundertfach bewiesen.

Zu solchen völlig ungerechtfertigten Anklagen kommt Herr Dr. Föhr offenbar unter dem falschen Eindruck, der „Mannheimer Terror“ beherrsche die badische Sozialdemokratie. Wir sind wirklich keine Bewunderer der taktischen Formen und Methoden, die z. B. in den Auseinandersetzungen über das Konkordat von Mannheim aus gewählt und angewendet worden sind; aber von einem „Mannheimer Terror“ haben wir noch nichts gespürt; wir würden uns, wie wir an anderer Stelle sagen ihm auch erfolgreich zu begegnen wissen, wenn er jemals versucht werden sollte.

Im übrigen: die Opposition gegen die Bewilligung der Konkordate durch die Sozialdemokratie in Baden ist nicht aus dieser Spezialfrage heraus entstanden; sie ist auch ein Produkt der allgemeinen politischen Situation und der Tendenz, mit der politischen und sozialen Demokratie entweder Schluß zu machen oder sie zum mindesten auf das Arme recht zurückzudrängen. Der Kampf um die Konkordate in Baden ist aus den Wirkungen der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und Tatsachen zu erklären.

Wieder Präsidialkabinett

Kaas gibt Auftrag zurück — Papen a. D.

Amlich wird mitgeteilt:

„Der Reichspräsident empfing am Freitag nachmittag um 17 Uhr den Führer des Zentrums, Prälat Kaas, der ihm über seine Besprechungen mit dem Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, der Deutschnationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei über die etwa noch vorhandenen Möglichkeiten zur Bildung einer Not- und Arbeitsmehrheit des Reichstags berichtete.“

Prälat Kaas hat in diesen Besprechungen an die Führer der genannten Parteien in erster Linie die Frage gerichtet, ob sie ebenso wie das Zentrum bereit seien, sich an den Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage ist von dem Vorsitzenden der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden. Der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei hat die Beteiligung an solchen Beratungen als im Widerspruch mit der Gesamthaltung seiner Partei stehend, nicht zugelassen.

Der Vorsitzende der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei erklärte, an sich entsprechen die Forderungen der sachlichen Grundlagen für eine etwaige Mehrheitsregierung durchaus seinen Auffassungen. Auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Tage und der Überzeugung, daß auch einem positiven Ergebnis der sachlichen Beratungen seitens einflussreicher Stellen keine Folge gegeben würde, hätte er eine Beteiligung seinerseits nicht mehr für vertretbar.

Auf Grund dieser Feststellungen hat Prälat Kaas den Herrn Reichspräsidenten, von einer weiteren Fühlungnahme mit den Parteien absehen zu dürfen. Der Reichspräsident dankte dem Prälat für seine Bemühungen.“

Der erste Teil des Kulissenspiels um die Regierungsbildung ist damit beendet. Der Zentrumsführer Kaas hat also dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheitsregierung im Augenblick nicht gegeben sei, daß der Wille zu einer derartigen Mehrheitsbildung aber größer sei als bisher hätte angenommen werden können. Kaas hat den Reichspräsidenten zugleich gebeten, unter diesem Gesichtspunkt nunmehr an die Neubildung der Regierung heranzugehen und einem Manne seines Vertrauens einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident nun von jedem weiteren Versuch einer parlamentarischen Mehrheitsbildung absehen und spätestens am Samstag einen Mann seines Vertrauens mit der Bildung einer präsidialen Regierung beauftragen wird.

Der amtliche Bericht über die Unterredung Hindenburgs mit Kaas zeigt sich darüber aus, ob der Zentrumsführer den Reichspräsidenten auf die Konsequenzen seines Vorschlags aufmerksam gemacht hat. Wir möchten es dennoch annehmen. Welcher Art diese Konsequenzen sind, liegt auf der Hand. Eine Regierung, die nach außen zwar als „Präsidialkabinett“ firmiert, aber im Volk durch ihre Zusammenarbeit mit dem Reichstag eine Stütze sucht, kann nicht mit, sondern nur ohne v. Papen gebildet werden. Statt einer Entspannung wäre mit einer neuen Verschärfung der innerpolitischen Lage zu rechnen, deren Ende vorläufig nicht abzusehen ist. Darüber scheint sich neuerdings auch der Reichspräsident Rechenschaft abgelegt zu haben, und wenn wir richtig informiert sind, hat er Herrn v. Papen bereits am Freitag von dieser Auffassung Kenntnis gegeben. Es hat deshalb gegenwärtig den Anschein, daß Herr v. Papen trotz aller Register, die er in den letzten Tagen gezogen und aller Mienen, die er gegen Hitler und andere hat springen lassen, zum Leid der Deutschnationalen doch nicht wiederkehrt.

Wer in Zukunft der neue Mann des präsidialen Vertrauens sein wird, soll sich erst am Samstag entscheiden. Der Reichskanzler, der die neue Präsidialregierung zu führen hat, wird voraussichtlich im Laufe des Samstags, wahrscheinlich Samstag mittag, ernannt werden.

Reichstag einberufen

Berlin, 25. Nov. (Fig. Draht.) Der Präsident des alten Reichstags hat den neuen Reichstag zum 6. Dezember, 15 Uhr, einberufen.

Aus all diesen Gründen heraus haben wir von Anbeginn an die Ablehnung der Konfordate gefordert. Der Beschluß der zuständigen Parteinstanzen des Zentrums auf Aufhebung der seit reichlich dreizehn Jahren bestehenden Koalition, falls morgen in Offenburg der Parteitag ein „Nein“ gegenüber den Konfordaten beschließt, ist zur rechten Zeit gefaßt. Mag er als Beitrag zur Klärung der politischen Situation in Baden oder als Drohung gefaßt worden sein, unsere Antwort ist die:

Aufforderung an den Parteitag, wenn nicht einstimmig, so doch mit großer Mehrheit zu beschließen, daß die Konfordate von der Landtagsfraktion abzulehnen sind. Und diesem Beschluß hat sich die Fraktion zu fügen, wie jedes Parteimitglied den Parteitagsbeschlüssen.

Wir bedauern den Bruch der Koalition, worüber in den nächsten Tagen des näheren noch zu sprechen sein wird. Wir wiederholen, was wir öfters zum Ausdruck gebracht haben, daß die bisher bestehende Koalition dem Lande Baden und dem badischen Volke inmitten schwerster Zeit zum Vorteil gereicht hat. Wir denken nicht daran, gegenüber dem Zentrum diktatorisch aufzutreten zu wollen, wie in völlig unberechtigter Weise Herr Dr. Föhr behauptet, aber wir denken auch nicht daran, spezieller kirchlicher Interessen wegen die badische Sozialdemokratie in eine unmögliche Situation hineinbringen zu wollen.

Wir sind überzeugt, daß morgen der Parteitag die Ablehnung der Konfordate beschließen wird. Wir haben damit gerechnet, daß dadurch die Koalition Zentrum-Sozialdemokratie ihr Ende erreicht hat. Wir nehmen an, daß alle Genossen, die mit uns gleicher Meinung sind, auch der gleichen Konsequenzen sich bewußt sind. In voller Klarheit sollen morgen die Beschlüsse gefaßt werden.

Wir begrüßen den Parteitag.

Hart sind die Aufgaben, schwer die Stunden der Gegenwart, ebenso die der nächsten Zukunft.

Trotz allem und gerade darum:

Es lebe die Sozialdemokratie!

Eine Erklärung Reinholds

Genosse Uba Reinhold erklärt in der Mannheimer „Volksstimme“ diese Erklärung:

Der „Badische Beobachter“ bringt in seiner Nummer 326 vom Freitag, 25. November, einen Artikel, in welchem er unter anderem auch Bezug nimmt auf Ausführungen, die in einer Karlsruher Mitarbeiterversammlung aus dem Referenten und einem Disziplinarechner gemacht worden sind, und worin ich damit belastet werden soll, daß ich bei allen Verhandlungen bezüglich des Konfordats tatkräftig „mitgewirkt“ habe und auch bei der Schlussabstimmung im Kabinett „nicht widerprochen“ habe, daß die Freimütigkeit des Schöpflin sowie eine „gemeinsame Arbeit“ von Reinhold und Kändler gemeint sei. Demgegenüber stelle ich nach der tatsächlichen Seite hin folgendes fest:

Die Landtagsfraktion hat bei wiederholten Abstimmungen gegen meine schärfsten Einwendungen und gegen meine Stimme das Eingehen von Konfordatsverhandlungen beschlossen. Den Inhalt des Konfordats angeht und in der Schlussabstimmung mit der in der Öffentlichkeit bereits bekannten Mehrheit das Konfordat für tragbar erklärt.

Jeder Parlamentarier, der ernst genommen werden will, weiß, daß Mehrheitsbeschlüsse einer Fraktion von Fraktionsangehörigen auch dann im öffentlichen Verhandlungswesen respektiert werden müssen, auch wenn dieselben mit der getroffenen Beschlussfassung nicht einverstanden sind, auch wenn sie schärfsten Kampf gegen den Beschluß geführt haben.

So war auch ich, der ich seit mehr als einem Jahr fortgesetzt unter den schärfsten Zusammenstößen mit den Konfordatsgegnern gegen den Abschluß von Konfordaten sowohl schriftlich wie mündlich gekämpft habe, in den Zwang des Fraktionsbeschlusses eingeschlossen worden und mußte den Beschluß der Mehrheit der Fraktion haben.

Es ist also höchste Brunnenerrettung, wenn man nunmehr versucht, aus dieser Zwangslage heraus etwa eine Unentschiedenheit meiner Haltung zu konstruieren.

Wie zwangsläufig und von nur formaler Bedeutung diese Dinge sind, ergibt sich auch daraus, daß, wenn beispielsweise die Landtagsfraktion ihre Beschlüsse für Stimmenthaltung aufrecht erhalten könnte, jene Fraktionsgenossen, welche für Ablehnung der Konfordate sind, gezwungen wären, den Fraktionsbeschlüssen durchzuführen, falls sie nicht zum Disziplinbrecher einer durch Fraktionszwang geschaffenen Zwangsabstimmung werden wollten. Sätten dann die Genossen, die sich der Fraktionsdisziplin fügen müßten, in einem solchen Falle auch ihre grundsätzliche Einstellung veraten?

Diese einfache Fragestellung beweist schon das Uninnige der gegen mich erhobenen Verdächtigungen.

Der „Badische Beobachter“

glossiert die Entschliebung, die die Bezirksleiter-Konferenz des 10. Kreises vom Arbeiter-, Turn- und Sportbund gegen das Konfordat angenommen hat. Der „B. B.“ wirft die Frage auf, inwiefern „sich Athleten und Sportsleute durch das Konfordat in Mitleidenhaft gezogen fühlen“. Wir haben jene Entschliebung nicht veröffentlicht, weil auch wir der Meinung sind, daß Sportverbände als solche in derartige Auseinandersetzungen sich nicht einzumengen haben. Wollen die Sportgenossen gegen das Konfordat ankämpfen, so können sie das als Sozialdemokraten in den Parteienvereinen oder als Mitglieder von Vereinigungen tun, die mit solchen Fragen sich naturgemäß zu befassen haben.

Niel Freude und Zustimmung hat der Artikel des Genossen Dr. Kraus beim „B. B.“ ausgelöst. Er meint, es sei schade, daß die sozialdemokratische Presse wohl gegenüber dem Mannheimer Terror nicht den Mut aufbringt, diese Gewissensforschung durch ihren von den Parteinstanzen in Baden vorgeschlagenen Ministerkandidaten, ihren Parteifreunden in ihrem ganzen Umfang vor Augen zu führen. Der „B. B.“ ist sehr auf dem Holzwege, wenn er glaubt, der „Mannheimer Terror“ hätte auf uns einzuwirken, daß wir den Krausischen Artikel nicht zum Abdruck bringen sollen. Von einem „Mannheimer Terror“ uns gegenüber haben wir bisher noch niemals das Gerinste gemerkt. Selbst wenn man in Mannheim einmal angenommen, aber nicht zugegeben — auf uns einen Druck oder Terror ausüben wollte, so würden wir einem solchen Versuch nicht nur ausbleiben, sondern auch mit vollem Erfolge zu begegnen wissen. Daß dagegen die Redaktionen der sozialdemokratischen Zeitungen in Baden untereinander eine Verständigung darüber suchen und herbeizuführen trachten, ob in

Am Scheideweg

Unter der obigen Ueberschrift veröffentlicht die Badische Zentrumspresse-Korrespondenz einen Artikel des Parteichefs Dr. Föhr, in dem es u. a. heißt:

Am Sonntag, den 27. ds. Mts., veranstaltet die SPD. Badens einen Parteitag in Offenburg. Das Ziel dieses Parteitages ist es, endgültig die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber dem Konfordat festzusetzen. Die badische Zentrumspartei hat bisher den Streit im sozialdemokratischen Lager als eine Angelegenheit betrachtet, welche diese Partei selbst angeht. Die badische Zentrumspartei muß es aber als ihre Pflicht betrachten, nunmehr auch ihrerseits Stellung zu nehmen zu der politischen Lage in Baden, wie sie entstehen müßte, wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion desavouiert und unter das Kommando des Parteivorstandes gezwungen würde.

Nach einem Rückblick über die Grundlagen der Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Sozialdemokratie seit 1918 heißt es in dem Artikel weiter: Die Sozialdemokratie erklärte sich zu dem Abschluß von Kirchenverträgen im Jahre 1929 bereit. Der sozialdemokratische Unterriksminister Dr. Kemmele hat in lokaler Durchführungs dieser Koalitionsvereinbarung den Abschluß von Kirchenverträgen zu fördern sich bemüht. Die Koalitionsfähigkeit dieses Abkommens zu fördern sich bemüht, heißt also in gleicher Weise nicht nur für den Fraktionsvorsitzenden Kändler, sondern auch für den Landesvorsitzenden Reinhold. Wenn der Landesvorsitzende nunmehr diese Vereinbarung selbst nicht hält, sondern auf dem Wege über den Parteitag die Fraktion zwingen will, sogar von der Stimmenthaltung zur Ablehnung überzugehen, so ist das ein unerhörter Verstoß im politischen Leben gegen Treue und Glauben, gegen politische Moral. Die Verträge der Kirche beruhen reiflos auf dem status quo.

Wenn der sozialdemokratische Parteitag dem Anstinnen des Landesvorsitzenden Rechnung tragen sollte, so bedeutet dies, daß eine völlige Wende in der badischen Politik herbeigeführt werden will. Keine Partei, die einen Funken Ehrgefühl hat, kann sich von dem anderen Koalitionspartner ein Diktat gefallen lassen, wie es anscheinend mit dem sozialdemokratischen Parteitag beabsichtigt wird. Wenn der sozialdemokratische Parteitag die Landtagsfraktion in der beabsichtigten Weise desavouiert, so kann dieselbe als Partner mit vorbandenen Vollmachten für die Mitarbeit nicht mehr angesehen werden. Die Fraktion wird aktionsunfähig. Der Abschluß

eines Konfordats mit dem Hl. Stuhl ist eine Staatsnotwendigkeit. Das Land Baden hat mit dem Hl. Stuhl ein Vertragsverhältnis, das von keiner Seite bestritten wird. Es ist eine bisher auch von der Sozialdemokratie anerkannte Koalitionsfähigkeit der badischen Regierung, durch Abschluß eines neuen Vertrags dem Erlassenen des Hl. Stuhles Rechnung zu tragen. Hier liegt eine Staatsnotwendigkeit vor, welche jede Regierung erfüllen muß. Der sozialdemokratische Parteitag würde durch seinen Beschluß die sozialdemokratische Vertretung in der Regierung hindern, diese Amtspflicht zu erfüllen.

Wir stehen in der deutschen Politik in einer außerordentlich schweren Krise. Die Genossen der demokratischen Gedanken haben aus, um der deutschen Demokratie den Todesstoß zu verfehen. Der Beschluß des Parteitages würde zwangsläufig für die badische Politik eine gewisse Entwicklung einleiten, für die Verantwortung nur der Sozialdemokratie zugeschrieben werden müßte. Für das Zentrum stellt sich die Situation einfach dar: Es ist derzeit, die Arbeitsgemeinschaft auf der bisherigen Basis fortzuführen, Kulturpolitisch bedeutet das, daß die Linie, wie sie seit 1918 eingehalten wurde, auch weiterhin richtungsgemäß sein muß. Es bedeutet weiter, daß an der Vereinbarung über das Konfordat bei Schaffung der Regierungskoalition und bei der Einigung über den Konfordatsinhalt festzuhalten ist.

Ein Verstoß dagegen würde vom Zentrum automatisch dahin verstanden werden müssen, daß die Sozialdemokratische Partei selbst die Koalitionsvereinbarung bricht. Treue und Glauben auf der Seite der Sozialdemokratie, Kulturpolitisch die bisherige Linie, auf der Seite des Zentrums eine Arbeitsgemeinschaft bestehen lassen, verstoß und damit die seit vierzehn Jahren bestehende Arbeitsgemeinschaft mutwillig, aber bewußt, zerfällt.

Daß im badischen Zentrum ein Beschluß des Parteitages im Sinne der sozialdemokratischen Landesleitung so ausgelegt werden muß, soll hiermit in aller Deutlichkeit ausgesprochen werden. Die beratige Entscheidung des Parteitages würde dem Zentrum automatisch als Lösung der Koalition betrachtet werden.

Wir stehen in der badischen Politik tatsächlich am Scheideweg. Die Entscheidung liegt bei der Sozialdemokratie und ihrem Offenburger Parteitag. Es geht dort wirklich um mehr als nur einen Konfordatsstreit. Mit dem Beschluß des Parteitages der badischen Sozialdemokratie wird über die derzeitige badische Regierungskoalition automatisch entschieden sein.

Dr. Baumgartners Antwort

Der Artikel des Genossen Kemmele „Eine schöne Geschichte“ gab uns gebotene Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß der Herr Kultusminister Dr. Baumgartner im Hausbaltauschuß des Landtags (18. November) eine lüdenhafte Darstellung über den Vorgang gegeben hat, als Dr. Baumgartner den Genossen Kemmele erwiderte, in der Schweiz eine Unterredung mit dem Kardinalstaatssekretär Pacelli zu pflegen. Wir sprachen die Erwartung aus, daß Herr Minister Dr. Baumgartner erklärend sich äußern werde. Das ist in der getrigenen Ausgabe des „Badischen Beobachter“ geschehen und Lokalergänzung wird vollständig wieder, was der Herr Minister antwortet. Er schreibt:

„Der „Volksfreund“ bringt in seiner Nummer 273 vom Mittwoch, den 23. November 1932, unter obiger Ueberschrift einen Artikel mit dem Titel „Gebärdnisfehler oder Taktik“ von Georg Schöpflin und einen zweiten Artikel mit der Ueberschrift „Eine schöne Geschichte“ von Adam Kemmele.

In ersterem Artikel behauptet Herr Schöpflin, daß ich im Hausbaltauschuß „eine betrieblüdenhafte Darstellung unter Verschweigen gerade des entscheidenden Teils jenes Vorgesanges gegeben, daß ich Amtsorganen (also Kemmele) in ein falsches Licht gerieten müßte“. Zu dieser Behauptung des Herrn Schöpflin und zu den Ausführungen des Herrn Reichstagsabgeordneten und Ministers A. D. Dr. h. c. Kemmele in seinem Artikel stelle ich folgende Tatsachen fest:

1. In der Sitzung des Hausbaltauschusses vom Freitag, den 18. November 1932, brachte (sachlich) auch Bericht des „Volksfreund“ in Nr. 270) „ein sozialdemokratischer Abgeordneter Feststellungen des früheren Unterrichtsministers Dr. Kemmele zur Sprache, die dieser anlässlich einer Antragsbehandlung am 29. Oktober 1932 in Freiburg auf eine Anfrage gemacht hatte“. Auf die dieser Feststellung das sozialdemokratische Abgeordnete folgende Anfrage habe ich aus dem amtlichen Bericht des damaligen Ministerialdirektors Dr. Huber vom 14. Oktober 1930 aus den Akten festgesetzt, daß „er (Dr. Huber) im Auftrag des Kultusministers Dr. Kemmele am 12. Oktober 1930 nach Meningen bei Zug in der Schweiz begangen habe, um dort mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär Pacelli wegen Abschluß eines Konfordats mit dem Hl. Stuhl Verhandlung zu nehmen.“

2. Gabe ich im Hausbaltauschuß wiederholt, was ich auch bereits in der amtlichen Begründung zum Gesetzentwurf selbst dargelegt habe, daß mit Datum vom 20. Oktober 1930 der damalige Herr Unterrichtsminister Dr. h. c. Kemmele mit einem längeren Vortrag an das Staatsministerium folgenden Antrag gestellt habe, „das Staatsministerium wolle den Minister des Kultus und Unterrichts beauftragen, auf der Grundlage des vorgelegten Entwurfs mit dem Hl. Stuhl die Verhandlungen zu einer vertraglichen Neuregelung der Verhältnisse zwischen dem Lande Baden und der römisch-katholischen Kirche aufzunehmen.“

Meine Angabe im Hausbaltauschuß vom 18. November 1932, wonach durch den damals verantwortlichen Minister Dr. Kemmele die Verhandlungen durch die Aussprache des Herrn Ministerialdirektors mit dem Kardinalstaatssekretär und durch die Vorlage eines Vertragsentwurfs an das Staatsministerium eingeleitet worden seien, ist also nicht „lüdenhaft“ und nicht nur „bedingt richtig“, sondern unbedingt und vollständig.

einer gewissen Situation ein ihnen allen zugegangener Artikel zum Abdruck gelangen soll oder nicht, ist selbstverständlich. Wir können dem „Beobachter“ verraten, daß wir den Artikel des Genossen Dr. Kraus aus den von uns vorgelegten darzulegenden Gründen auch dann nicht zum Abdruck gebracht hätten, selbst wenn die anderen sozialdemokratischen Zeitungen Badens zur Veröffentlichung geschritten wären; ebenfalls auch nicht, wenn die Mannheimer die Veröffentlichung gewünscht hätten.

Wenn der „Beobachter“ weiter meint, der Streit um das Konfordat innerhalm der badischen Sozialdemokratie sei „nicht etwa von den Männern mit den Schwerten in den Händen angefaßt und geführt worden“, so wollen wir dem „B. B.“ verraten, daß gerade in den Kreisen der Genossen, die „Schwerten an den Händen“ haben, die Gegnerschaft gegen den Abschluß eines Konfordats in der gegenwärtigen Zeit außerordentlich stark ist. Die starke Gegnerschaft gegen das Konfordat in der badischen Sozialdemokratie beschränkt sich also keineswegs auf die „liberal ersoene Lehrerschaft“ und etwa auf die Redakteure in den Parteizeitungen, sondern erstreckt sich vielmehr auf die weitesten Kreise unserer Parteimitglieder.

3. Wenn nun Herr Dr. Kemmele in seinem Artikel behauptet, eine Aussprache (gemeint ist die oben erwähnte Verhandlung des Herrn Ministerialdirektors mit dem Herrn Kardinalstaatssekretär) wäre jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer offiziellen Verhandlung, so ist das lediglich ein Streit um Worte und wenn Herr Schöpflin in seinem Artikel meint, daß der entscheidende Teil jenes Vorgesanges darin bestünde, daß Kemmele erst auf Anregungen des Baumgartners als dem damaligen Führer der Zentrumspartei einen bösen Besuchen zu einer Unterredung, nicht zu Verhandlungen einverstanden hat“, so überläßt ich das Urteil darüber, was das Entscheidende an der ganzen Streitfrage ist, ruhig der Öffentlichkeit. Ich hätte nur seinen Grund, zu verdiveigen, daß ich damals dem Kardinalstaatssekretär Dr. Schöfer das Eruchen an dem Herrn Kultusminister gerichtet habe, die Gelegenheit der Anwesenheit des Herrn Kardinalstaatssekretärs am Vordene zu benütigen, um die notwendige Einleitung von Verhandlungen zwecks Abschluß eines Konfordats herbeizuführen. Ich habe dieses Eruchen dem Herrn Ministerialdirektor Dr. Kemmele berichtet, sondern laut Amtsnachricht bereits schon am 19. September 1930 und da Herr Dr. Kemmele damals im Urlaub auswärts weilte, dieses Eruchen an dem Herrn Ministerialdirektor gegeben.

Es ist doch wohl ganz selbstverständlich, daß die Zentrumspartei und Fraktion auf der in der Koalitionsvereinbarung vom 19. November 1929 gegebenen Zusage, nachdem schon im Dezember 1929 in der Koalition ausdrücklich verabredet war, ein Konfordat abzuschließen, bestehen müßte, insbesondere, nachdem auch in der Regierungserklärung vom Januar 1930, der auch von sozialdemokratischer Seite nicht widerprochen wurde, diese Verpflichtung wiederholt worden war.

Endlich stelle ich fest, daß ich an keinem Ort und zu keinem Zeitpunkt behauptet habe, daß der vom Herrn Unterrichtsminister Dr. Kemmele vorgelegte Entwurf identisch sei mit dem von dem Kultusminister dem Staatsministerium vorgelegten Entwurf.“

Der Herr Minister irrt, wenn er glaubt, es handle sich unfererseits um ein Spiel mit Worten. Dazu haben wir meine Neigung nach Zeit, und außerdem ist uns die Sache zu ernst. Die Antwort des Herrn Ministers trifft den Kern der Dinge nicht; daß unser Genosse Kemmele gemäß früherer Absprachen und einer Regierungserklärung einen Entwurf für ein Konfordat auszuarbeiten ließ, ist von niemandem bestritten worden. Wenn der Herr Minister im Hausbaltauschuß erklärt hätte, was er jetzt in seiner Antwort tut, daß er auf Veranlassung Kemmeles an dem fertigen Entwurf identisch mit dem Entwurf dem Landtag zugestellt sei, und wenn der Herr Minister gleichzeitig auch davon Mitteilung gemacht hätte, daß der Herr Kardinalstaatssekretär für den Entwurf Kemmeles keinerlei Interesse gezeigt habe, ihn vielmehr als Entwurf die Kurie nicht akzeptabel bezeichnete, dann hätte der Eindruck in der Öffentlichkeit nicht entstehen können, der Eindruck der unvollkommenen Darstellung des Herrn Ministers, daß sich tatsächlich entstanden ist. Darauf kam es uns an, und das ist das für uns Entscheidende.

Scheidemann zum Rechtskurs

Frankfurt a. M., 25. Nov. (Fig. Draft.) In einer mehr als 2000 Personen besuchten Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei erklärte Scheidemann u. a. „Der Junker von Offenburg-Anusau hat jüngst gesagt: „Es riecht nach Pulver! Die Regierung solle sich nicht machen lassen, vielmehr der eingehaltenen Reichstagsversprechen innehalten. Wer zuerst solche, werbe siegen!“ Daran knüpfend bemerkte Scheidemann unter stürmischem Beifall: „Merkt euch das! Die Sozialdemokratie will ihr Ziel auf dem demokratischen Wege erreichen. Versteht man uns aber den Weg dann müssen wir andere Wege gehen, müssen wir Kampfmethoden ändern. Wir haben kein Recht, tatenlos zuzusehen, wenn irgend eine „dünne Schicht“ sich herausnimmt, das deutsche Volk rücksichtslos beherrichen zu wollen. Wir haben vielmehr die Pflicht, dem deutschen Volke alle Rechte, die wir in jahrelangem Kampf errungen haben, zu erhalten oder zurück zu erobern. Wie und wann wir uns umzusetzen haben, das ist hier nicht zu erörtern. An dem ist jetzt Einigkeit und Vertrauen zur Führung, von der wir voraussehen, daß sie in der richtigen Stunde die richtige Rolle ausgeben wird. Bereit sein ist jetzt alles!“

Die putschistische Hausmacht

Wonach ich strebe, ist die Macht, und nicht ein Titel. Ich brauche keine staatlichen Bezüge, ich verzichte von vornherein für alle Zukunft auf jedes staatliche Gehalt. Ich will nur die Macht. Wenn wir einmal die Macht bekommen, dann werden wir sie, so wahr uns Gott helfe, behalten. Wegnehmen lassen wir sie uns dann nicht mehr.

Adolf Hitler

am 18. Oktober 1932 in Königsberg i. Pr.

In der „Völkischen Zeitung“ veröffentlicht ein Politiker Betrachtungen über die Entwicklung der NSDAP. Er behandelt darin besonders die Rolle, die der SS und der SA im Sommer 1932 zugeordnet war, als Hitler und die Unterführer glaubten, daß sie unmittelbar vor der Übernahme der Macht stehen. Der Politiker schreibt:

„Als Zeichen der ‚Machtergreifung‘ sollte der Aufmarsch der braunen Bataillone mit Märschen und Säufertanzscharen die Straßen der Reichshauptstadt und der übrigen Großstädte im Norden des Reiches füllen. Der Gleichschritt der Stürme und Standarten, Masten der Spielmannszüge und Standartenkapellen, sollte drei Tage lang den Sieg der Bewegung verkünden. Und nur um ‚Werbungen zu verhüten‘, sei für diese Zeit die staatliche Polizei zurückzuziehen. Sie hätte sich auf Büro- und Verkehrsdienst zu beschränken; die sicherheitspolizeilichen Aufgaben sollten SA und SS übernehmen...“

Die drei Tage der Machtergreifung

So ober sollten sich die Dinge in jenen Augusttagen 1932 abspielen: der Bürger, zu früher Morgenstunde aus dem Schlaf geschreckt, reißt sich die Augen. Das Gefährt der Kraftwagen und Motorräder, Widerhall des Marschschritts starker Formationen bricht sich an den Häusern. Feldmarschälle aussergewöhnlich, mit Sturmgeschützen die Straße geschilderten braunen Scharen vorbei, die Zufahrtswege nach Westen und Osten füllend, die Stürme und Standarten der NSDAP (Nationalsozialistisches Kraftfahrkorps) voranzugewandene Lastkraftwagenzüge, mit Vor- und Nachbänken von Motorradern. Rund 35 000 Mann, in und um Berlin konzentriert, blockieren Straßen und Plätze.

Im Regierungsviertel flauen sich die braunen Massen; man weiß nicht recht, ob zum Schutz oder zur Absperrung der Regierungsgewalten. Es beginnt die „Säuberung“ der Straßen von Elementen, die Abzeichen politischer Verbände tragen, von Stahlhelm, Jungdo, Eiserner Front, Antifa oder was sonst verdächtige Hofentwürfe aufweist. Es folgen Schüsse. Gegenwehr aus Kreisen der Arbeiterkraft und der Verbände löst ein. Barrikaden entstehen, die Kräfte der Gegenaktion formieren sich. Rückwärtslos wird gegen sie eingeschritten, Widerstand niedergelämpft. Der Nachschubdienst der SA ist ausgezeichnet organisiert. Abgesperrte Straßenzüge, die Innenstadt von den Arbeiterorten abgegrenzt, Transporte von „Stützen a. b. V.“ an besonders gefährdete Stellen. Dem „NSDAP“ fällt eine ausschlaggebend wichtige Rolle zu. Die Niederdrückung des „böswertigen Auftrubs“ hat mit Nachdruck begonnen.

Unumgänglich notwendig unter solchen Umständen, sich der Hauptrolle der Gegenwehr zu versichern. Der Reinigung der Straßen folgt das Ausräumen der Häuser. Die von den früheren Sektoren der NSDAP eingeleiteten „30.“ (Zellenobleute, die Wachen von fünf bis sechs Häusern kontrollierten) haben gute Vorkarbeit geleistet. Mehr als 3000 Personen füllten die Proportionslisten. Sie sind nach wahrhaft paritätischen Grundrissen angelegt; neben Verhältnissen der Wachen sind führende Männer des Stahlhelms, anderer Rechtsgruppen und Wände, insofar der schismenmäßigen nachstehenden „Schwarzen Front“ auf ihnen vereinigt. Es kommen in Massen Silberlinge an die Behörden und Ueberfallkommandos; sie können an den Gefährlichkeiten nichts ändern, denn SA und SS sind ja Träger der legalen Gewalt und mit allen Machtvollkommenheiten ausgestattet. Unter den zunächst besetzten Gebäuden befindet sich das Haus des Rundfunks in der Majura-Allee, sowie die Sender im Berlin mit Einschluß des Königsplatzhauseiner Kurzwellensenders. Der Funk verflündet nach Ablauf der drei Tage Stadt und Land den „Ausbruch des böswertigen Auftrubs und seine Niederdrückung durch die SA.“

Der legale Putz

Eine Bifion überrechter Nerven? Vielleicht. Aber eine, die in den Köpfen der SA, mußte. So oder ähnlich sollte im Sommer 1932 der Aufmarsch vor sich gehen, die Gegenwehr widerstrebender Kräfte herausgelockt werden, und ihre Niederdrückung sollte den Auftakt zur „totalen Machtergreifung“ bilden. Kein Dementi vermag etwas daran zu ändern, daß solche Absichten bestanden, und verhängnisvoll wäre es, zu übersehen, daß sie weiter bestehen. Kein Vorgang wurde hier aufgezählt, der nicht tatsächlich erzwungen wurde. Keiner, der nicht, oft in wesentlich kräftiger Form, planvoll in das ausgeklügelte System von Staatsstreik-Techniken sich einfügte, das man unter Aufbahrung von Treckschiffen und anderer Methoden sich zurechtgelegt hat. Was hier andeutungsweise angedeutet wurde, war der nach den Plänen der SA, bis zu einem bestimmten Grad mit fast mathematischer Sicherheit vorauszubereitende Ablauf der Ereignisse in jenen Augusttagen 1932, als man sich dem „Siege greifbar nahe“ fühlte.

Über hätten die staatlichen Gewalten dem tatlos zusehen? Wäre es nicht ihre Pflicht gewesen, gegen Erzfie, die das Staatsgelingen erschüttern mußten, einzufreiten? Diese Staatsgewalten sollten sich ja eben in der Hand derjenigen befinden, die die Aktion durchführten. Ihre Voraussetzung war ja, daß nicht nur die Hoheit im Reich, sondern auch die Staatsmacht in Preußen und damit die Kommandogewalt über die Schutzpolizei in Händen von Mitgliefern der NSDAP befand. Man denke an die Möglichkeit einer Konfiskation: Hitler Reichskanzler, Kriß oder Sträber preußischer Ministerpräsident oder Reichskommissar für Preußen. Unausdenkbar war mitbin ein Einsatz staatlicher Machtmittel gewesen mit der Front gegen die eigene Gefolgschaft. Die Ereignisse hätten sich überstürzt, die Gegenwehr, hauptsächlich von Arbeitermassen getragen, hätte nach außen leicht den Eindruck eines böswertigen Auftrubs erweckt. Wären die Dinge einmal so weit gekommen, so ließ sich gegen den Einsatz aller verfügbaren Machtmittel mit dem Ziel der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nichts einwenden. Wäre es also überhaupt zum Einsatz der regulären staatlichen Machtmittel gekommen, so wäre manausläufig eine Einheitsfront zwischen den braunen Formationen und den Hunderten Tausenden der Polizei herbeigeführt worden. Und was immer geschehen wäre, es wäre „legal“ gewesen.

Nach Ablauf der drei Tage wäre man am Ziel seiner Wünsche gewesen. Ein tatsächlicher Zustand wäre geschaffen, mit dem man sich wohl oder übel hätte abfinden müssen. Der Plan wäre im wesentlichen erfüllt. Und die hätten recht behalten, die aus innerer Kenntnis der Dinge behauptet hatten: Die SA sei gar nicht so schlimm, wie sie scheine. Sie würde zwar marschieren, aber nicht gegen die Polizei, sondern mit ihr.

Unsichtbare Arbeitslosigkeit

Ueber 2 Millionen Menschen

Im Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der „Gewerkschaftszeitung“, behandelt Wladimir Woytinski die Tatsache, daß in der amtlichen Arbeitslosenstatistik über zwei Millionen Menschen gar nicht in Erscheinung treten, aber als Opfer der kapitalistischen Wirtschaft dahingevegetieren. Woytinski schreibt:

„Der Vergleich der steigenden Zahl der Arbeitslosen bei den Arbeitsämtern mit der zurückgehenden Zahl der Beschäftigten nach der Krankentagesstatistik hat uns längst zu der Feststellung veranlaßt, daß die Berichte der Arbeitsämter lüdenhaft sind, daß neben der von ihnen ermittelten offiziellen Arbeitslosigkeit noch eine andere, unsichtbare Arbeitslosigkeit besteht, die mit jedem Monat an Bedeutung gewinnt. Das Institut für Konjunkturforschung ist zu derselben Auffassung gekommen, und hat den Umfang der unsichtbaren Arbeitslosigkeit berechnet: sie soll sich etwa in der Größenordnung von 2 Millionen bewegen.“

Das Reichsarbeitsministerium stellt die merkwürdige Theorie auf, daß der größte Teil dieser zwei Millionen aus Leuten bestünde, die früher bei guter Konjunktur ihre selbständige Existenz ausgaben und Arbeitnehmer wurden, während sie jetzt wieder sich selbständig machen.

Diesen Behauptungen gegenüber führt Woytinski einen statistischen Nachweis des Umfanges dieser unsichtbaren Arbeitslosigkeit. Er schreibt:

„Auf Grund der Ergebnisse der Berufszählung vom Jahre 1925 hat das Statistische Reichsbüro die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland für die spätere Jahre berechnet. Im August ds. Js. hat sie nach dieser Berechnung 20,9 Millionen betragen. Etwa 2,6 v. H. davon entfallen auf Kranke und Wöchnerinnen, verlässbar waren etwa 20 345 000 Arbeitsträger. Nach der amtlichen Statistik waren 12 755 000 davon registriert beschäftigt. Diese Zahl ist auf die Weise gewonnen, daß die Zahl der gegen Krankheit pflichtversicherten Mitglieder der Krankenkassen mit der Zahl nicht krankensicherungspllichtiger Angestellten in der Arbeitslosenversicherung zusammengezählt und von der Summe die Zahl der arbeitsunfähigen Kranken und Wöchnerinnen und der von den Arbeits-

ämtern gegen Krankheit versicherten Hauptunterstützungsempfänger abgezogen wird. Die Spanne zwischen den Zahlen der verfügbaren und der beschäftigten Arbeitsträger gibt den Umfang der gesamten Arbeitslosigkeit im Lande wieder: Wir hatten Ende August d. J. nicht 5,2 Millionen Arbeitslose, wie dies die Arbeitsämter berichtet haben, sondern 7,6 Millionen; das unsichtbare Arbeitslosenheer zählte rund 2,4 Millionen Köpfe. Zu diesem Heer gehören die ausgesteuerten Arbeitslosen, die Jugendlichen, die keinen Zutritt in den Erwerb finden, überhaupt Menschen, die keine Hoffnung haben, über die Arbeitsämter in Arbeit zu kommen, oder Unterstützung zu erhalten, und daher auch keinen Grund sehen, sich bei den Arbeitsämtern zu melden. Die Zahl dieser Menschen ist im letzten Jahre infolge der Verschärfung der Bestimmungen über die „Silsbedürftigkeit“ immer stärker angestiegen.

In Wirklichkeit war am Stichtag die unsichtbare Arbeitslosigkeit noch größer, da etwa 40 v. H. der Beschäftigten nur verkürzt arbeiten. Wenn man die Proletarisierung der ehemaligen Selbständigen und Halbselbständigen außer acht läßt, die zweifellos zur Hochbeschäftigung des Arbeitsmarktes führen müßte, läßt sich die Gesamtzahl der Arbeitsträger, die Ende August der deutschen Wirtschaft zur Verfügung standen, etwa wie folgt gliedern:

	in Millionen	in v. H.
Vollbeschäftigte	7,6	37,2
Kurzarbeiter	5,2	25,6
Arbeitslose bei den Arbeitsämtern	5,2	25,6
Verborgene Arbeitslosigkeit	2,4	11,6
Arbeitnehmer insgesamt	20,4	100,0

Seit Sommer 1929 sank ununterbrochen die Zahl der Vollbeschäftigten, während die Zahlen der Kurzarbeiter und Arbeitslosen emporeilte. Hand in Hand mit der Verschlechterung des Unterhaltungsrechtes der Arbeitslosen breitete sich die verborgene Arbeitslosigkeit aus. Es kann keine Rede sein von zufälligen statistischen Unstimmigkeiten und Abweichungen. Es hat seinen Sinn, dieses trostlose Bild zu verschönern, indem man die verborgene Arbeitslosigkeit, die in beiderseitiger Nähe (etwa 400 000 bis 500 000 Menschen) auch bei der guten Konjunktur bestand und in der letzten Zeit unheimlich angewachsen ist, in Abrede zu stellen oder zu bagatellisieren versucht.“

Hermine im Gardekavallerieklub

Dies ist eine Geschichte für die Arbeitslosen, die schon jahrelang aus ihrem Beruf herausgerissen sind ohne Erwerb und ohne Beschäftigung. Sie soll daraus sehen, wie mitleidlos man in den Kreisen der feinen Leute ihrem Schicksal gegenübersteht. Diese Geschichte gehen wir wortwörtlich wieder, so wie sie in der feindlichen „Kreuz-Zeitung“ erzählt wird:

„Am gestrigen Tage wurde im Gardekavallerieklub Berlin der Bazar des von der Kaiserin Hermine begründeten Herminenhilfswerks eröffnet, das nunmehr auf eine anderthalbjährige segensreiche Tätigkeit zurückblickt. Das Herminenhilfswerk steht unter der künstlerischen Leitung der Frau von Stephan-Sabn. Man weiß nicht, was mehr zu bewundern ist: ob die vollendet schönen Handarbeiten in Wolle, Seide und Leinen für Kissen, Möbel (peint points), Taschen, Gebete, Wäsche, die köstlichen Porzellanmalereien, die reisenden bemalten Lampenschirme, die Schachteln für Hüte, Handtaschen usw., die besaubernden Telexphon- und Wreathücher, Kalender und Briefkästen, die herrlichen Arbeiten in Silber und Messing oder die besonders auf Handwehfüßeln angefertigten, geschmackvollen Stoffe für Vorhänge, Kleider, Westen und Kissen. Das alles erregt in seiner einheitlichen Zusammenstellung ein Bild von hohem Reiz und zugleich die beste Gelegenheit, praktische und dabei künstlerisch wertvolle Geschenke für das nahebei Weihnachtsfest und den eigenen Gebrauch zu tätigen. Kaiserin Hermine acht ganz in dem von ihr geschaffenen Lebenswerk auf. Nicht nur, daß sie es von Holland aus bis in die kleinsten Einzelheiten leitet, man wird sie auch nie ohne eine Arbeit in der Hand sehen.“

Bei diesem Hochbericht bleibt einem die Spunde weg! So weit sind wir also wieder! Reizend bemalte Lampenschirme, Briefkästen, herrliche Silberarbeiten für die Luxusfrauen der feinen Leute, die nicht wissen, wo sie ihr Geld lassen sollen, Wohlstandsummel mit monarchistischer Propaganda — ja, nun muß die Wirtschaftskrise bald ein Ende finden!

Der französische Luftfahrtskandal

Vertrauensvotum für die Regierung Herriot

Paris, 24. Nov. Die Kammer erledigte in einer Nacht-Sitzung, die um 4 Uhr morgens zu Ende ging, die Interpellationsdebatte über die Aero-Postale-Angelegenheit durch Annahme einer Vertrauens-Tagesordnung für die Regierung mit 485 gegen 18 Stimmen. Die Tagesordnung besagt, daß die Kammer den Vertrauensvotum gegen gewisse Beamte brandmarkte, den Piloten der Aero-Postale ihre Anerkennung ausspreche und daß die Ausschüsse der Kammer über die in der Debatte zur Aussprache gekommenen Vorfälle Aufklärung bringen müßten.

Berlins Finanznot

Der „Vorwärts“ meldet: Die Kassenlage der Stadt Berlin hat sich zu Ende des Jahres durch die immer weiter steigenden Wohlfahrtslasten und das gleich-

szeitig auftretende Sinken der Steuereinnahmen katastrophal zugekehrt. Um einen offenen Zusammenbruch zu vermeiden, hat die Finanzverwaltung einen neuen, vom Oberbürgermeister unterzeichneten, einschneidenden Sparerlaß herausgegeben. Nach der Verfügung sind sämtliche Ausgaben für Anschaffungen und Vernebung von Arbeiten gesperrt. Nur wenige Ausgaben für die unbedingt notwendige Aufrechterhaltung sind noch erlaubt.

„Erneuerer“

Der ehemalige Pa. Buttlar über die Pa. in der Gauleiterspartei.

Der SP. berichtet:

In Ostpreußen war es der Naziagitator im Frühjahr gelungen die Zweidrittelmehrheit in der Landwirtschaftskammer zu erlangen. Auf der einen Seite wurde dem Landarbeiter der höchste Lohn und 40 Morgen eigenes Land von den Braunen Häusern versprochen. Den Junkern und Großgrundbesitzern aber versicherte Hitler die billigen Arbeitskräfte, die Verwendung der Kartoffeln und des Großgrundbesitzes. Als so eine Majorität in der ostpreussischen Landwirtschaftskammer erreicht war, wurde der Nazijunker Freiherr von Buttlar zum Vorsitzenden gewählt.

Wenige Monate später mußte Buttlar sein Amt niederlegen; obendrein wurde er aus der Naziartei ausgeschlossen. Buttlar setzt sich jetzt zur Wehr und so erzählt die Öffentlichkeit die Gründe dieses Hinauswurfs. Im Braunen Haus in München sitzt als landwirtschaftlicher Oberboize und Agrarpolitiker der H. (Hörsing) Darré. Er war ehemals Angestellter der ostpreussischen Landwirtschaftskammer. Dieser struppellose Naziagitator führt einen Nachfeldzug gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten, den früheren deutschnationalen Kammerpräsidenten Brandes. Im Privatinteresse von Darré sollte der Nazipräsident Buttlar den Kampf gegen Brandes weiterführen und das Material zu einem Prozeß liefern. Das hat Buttlar verweigert. Sein Ansehen im Braunen Hause ging aber völlig verloren, weil er sich nicht den Wünschen des Naziagitators für Ostpreußen, H. (Hörsing) Darré, fügte; Buttlar hatte vielmehr verlangt, daß dieser aus der Naziartei ausgeschlossen werde. Warum?

In einem deutschnationalen Verlag wird im Auftrag der Landwirtschaftskammer die Zeitschrift „Georgine“ gedruckt. Koch verlangte, Buttlar solle ihm den Druckauftrag überweisen, obwohl der Naziagitator weder eine Druckerei besitzt noch eine Maschine. Buttlar fürchtete, sich durch eine solche von Koch geforderte Schiebung strafbar zu machen und daß Koch, wenn einmal der Auftrag erteilt war, mit immer neuen Geldforderungen und Aufträgen für die Zeitschrift an die Landwirtschaftskammer herantreten würde. Also lehnte Buttlar die Schiebung ab. Darob großer Krach, Beschwerde an das Braune Haus mit dem Ergebnis, daß Buttlar hinausfiel, während der Schieber Koch Gauleiter von Ostpreußen blieb und dort weiter den Kampf führen kann gegen „das System“ und für die Rettung und Reinigung Deutschlands!

W. A. Nissberg, 25. Nov. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte heute früh das Auto des NSDAP-Gauleiters Koch und verhaftete den Chauffeur Philipp. Die Beschlagnahme und die Verhaftung sollen mit den Aufschüssen in Nissberg am 1. August in Zusammenhang stehen.

„Kaiserhof-Finale“

Umsonst sein Winken und Mienen, Umsonst auch Doktor Hjalmar Schacht, Der Broden ist nicht zu verbauen, Zu blauem Dunst wird braune Nacht!

Sie wollten ja das Schlimmste schlucke, Kein Wädling war den Herrn zu tief, Sie hanteln Harzburg gold'ne Bruden, Und trotzdem ging der Handel schief!

Sie gieren nach den weichen Pfählen, „Es ist vollbracht!“ — so rief ihr Scheiß, Nun sit man zwischen allen Stühlen, Und träumt vom „Dritten-Röschlein-Reich“!

Den Kaiserhof durchflingt ein Weinen, So endet nun, was Holz begann — Sie waren sich so schön im Reinen, Wie man die Massen neppen kann!

Kurt Kaiser Blüh.

Mühlen Franck
Zu jedem Kaffee

Aus aller Welt

Schüsse auf einen FD-Zug

WLB. Duisburg, 26. Nov. Der FD-Zug 25, der auf der Strecke Paris-Machen-Berlin verkehrt, wurde gestern abend beschossen. Der Zug hatte gerade den Hochfelder Bahnhof passiert und sollte in wenigen Minuten in den hiesigen Hauptbahnhof einlaufen, als auf ihn einige Schüsse abgegeben wurden. Ein Geschöß durchschlug ein Abteilfenster; glücklicherweise wurde jedoch niemand verletzt. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen der Bahnpolizei und Kriminalpolizei verliefen bisher ergebnislos.

Zwei Todesurteile

WLB. Bielefeld, 26. Nov. Das Sondergericht Bielefeld verurteilte in der Nacht zum Samstag nach zweitägiger Verhandlung die Eindrehler Petri und Dmaier wegen gemeinschaftlichen Totschlages, beantragen an dem Oberlandjäger Tiemann, gemäß der Terrornotverordnung vom 9. August 1932 in Tateinheit mit qualifiziertem Totschlag zum Tode.

In den Morgenstunden des 8. Oktober verübten auf der Landstraße Hülshorst bei Bielefeld drei Eindrehler, nämlich Kriestamp, Petri und Dmaier, auf den Oberlandjäger Tiemann aus Hülshorst einen Feuerüberfall und töteten den Beamten nach 14 Schüssen nieder. Kriestamp hatte nach seiner Entdeckung durch die Polizei Selbstmord durch Erhängen verübt.

Einer der eingeschlossenen Vergleute freigelegt

Hindenburg, 25. Nov. Bei den Rettungsarbeiten auf den Delbrück-Schächten wurde gegen 20 Uhr der Füller Woißhowski freigelegt, jedoch ist sein Fuß unter einer mächtigen Steinplatte eingeklemmt. Die Steinplatte wird jetzt zermehelt. Woißhowski ließ sich sofort nach seiner Freilegung eine Weite Tabak geben. In seiner Nähe liegt der Füller Wieduch, von dem von Zeit zu Zeit Lebenszeichen zu vernehmen sind. Zwischen beiden liegt der Füller Kubisa, der aber offenbar tot ist. Die anderen Verschütteten geben ebenfalls keine Lebenszeichen mehr.

Heinrich Scharz verhaftet

WLB. Berlin, 25. Nov. Nach Monatslangen umfangreichen Fahndungen ist es der Staatsanwaltschaft gelungen, heute vormittag den Kaufmann Scharz zu verhaften.

Versicherungsbetrug

Von 148 Angeklagten, die sich vor dem Erweiterten Schöffengericht zu Opatzin wegen Versicherungsbetrugs zu verantworten hatten, wurden 54 mit Geldstrafen bis zu 50 M, 6 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Die Verurteilten, durchweg kleine Leute aus Pöpelau und Chroßwitz (im nordwestlichen Teil des Doppelner Landkreises) haben sich künstlich Krankheiten beigebracht, um von Versicherungsgesellschaften Krankengelder beziehen zu können. Die Betrügereien liegen bereits mehrere Jahre zurück. Die Summen, um die die Gesellschaften, zumeist Zeitschriftenversicherungen, geschädigt wurden, schwanken bei den einzelnen Angeklagten jeweils zwischen 40 und 350 M. 150 Personen hatten sich bereits in Einzelverfahren zu verantworten.

Die Methode des Betrugs: Einige der Angeklagten schmierten auf künstlich wund geriebene Körperstellen eine für Pferde be-

stimmte Hautsalbe, die auf dem menschlichen Körper gefährlich aussehende Ausschläge hervorruft. Auf Grund dieser „Erkrankungen“ ließen sich die Versicherten Unfallrenten und Krankengelder auszahlen; andere Angeklagte erlangten Stürze vom Fahrrad oder von der Treppe. Die Täter des Betrugsgebarens waren die Versicherungswerber. Sie verdienten reichlich an den sich häufenden Versicherungsbillschüssen, außerdem durch den Verkauf der Pferdehälbe, die begrifflicherweise reichenden Abiast fand. Einem mitangeklagten Arzt und einem Heilkundigen wurde zur Last gelegt, daß sie massenhaft Krankheitsbescheinigungen ausstellten, ohne jemals die „Erkrankten“ und „Berunglückten“ gesehen zu haben. Die Milde des Gerichts erklärt sich wohl damit, daß das Moment der Verführung bei den meisten der Angeklagten sehr groß gewesen ist.

Richter gegen Nazis

Der Preussische Richterverein, die größte richterliche Standesorganisation, wendet sich in einer Entschließung gegen die schmerzhaften Angriffe, die in letzter Zeit in der nationalsozialistischen Presse gegen das preussische Richteramt erhoben worden sind. Die Richter erklären, daß sie sich „durch Drohungen nicht beeinflussen“ lassen.

„Der Mann lügt“

Im Leipziger Landesvertratsprozeß Bullerjahr wurde der Zeuge Danke vernommen, der im Werk Oberpree der Berlin-Karlsruher Industriewerke die gleiche Stelle inne hatte wie der Angeklagte Bullerjahr in Wittenau. Danke bekam einmal von Gontard einen Auftrag, verschiedene Läger der dem Unternehmen angeschlossenen Werke zu kontrollieren und darüber unmittelbar an ihm als Generaldirektor Bericht zu erstatten. Es wurden dem Zeugen zum Vergleich hierfür große Versprechungen für die Zukunft gemacht. Der Direktor des Werkes Oberpree, dem der Zeuge davon erzählte, warnte, Herr von Gontard zu glauben, und sagte: „Der Mann lügt, wenn er den Mund aufkaut“. Der Direktor des Werkes Oberpree behielt recht. Danke wurde kurze Zeit später entlassen.

Die goldene Chrenturkel

Der „Freie Anzeiger“ teilt mit: Große Zeitungsannonce eines bekannten Vergnügenslokals: „Die Anfertigung der Wirtschafteiern alle Berliner im Reich. Täglich großer Anfertigungslokal. Jeder Besucher erhält eine Andenkturkel.“

Wie wir hören, ist Herr von Papen eine veroldete Ehren-turkel überreicht worden.

Aufdeckung einer Falschmünzfabrik in Warschau

Warschau, 25. Nov. Die Polizei hat gestern eine regelrechte Falschmünzfabrik ausgedeckt, die seit einiger Zeit ganz Warschau mit Fünf-, Zwei-, Fünf- und Zehn-Hlotzstücken überhäufte. Ein Juwelier verkaufte die Falschstücke an zahlreich Kolporteurs mit 30 Prozent Disagio. Von 170 Festgenommenen wurden 90 in Haft behalten.

Ausweisung unerwünschter Ausländer aus der Schweiz

Genf, 25. Nov. Zahlreiche unerwünschte Ausländer, die sich an den Unruhen in Genf beteiligt haben, sind in den letzten Tagen ausgewiesen worden.

Tagesschau

WLB. Berlin, 26. Nov. Der Polizeipräsident hat die „Kote Zahne“ wegen außerordentlich schwerer Verbrechen gegen das Republikangebot und auf Grund des § 6 der W.D. des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 mit Wirkung vom 26. November 1932 bis 26. Dezember 1932 verboten.

Ueber den Stand der Reichsbank wird gemeldet: Die Bestände an Gold und bedienungsfähigen Devisen haben sich um 3,8 Millionen auf 933,5 Millionen RM. erhöht. Am einzelnen haben die Goldbestände um 6,5 Mill. auf 818,6 Mill. RM. abgenommen, die Devisenbestände an bedienungsfähigen Devisen dagegen um 10,3 Mill. auf 114,9 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen betrug am 23. November 28,2 Prozent gegen 27,2 Prozent am Ende der Vorwoche.

WLB. Berlin, 25. Nov. Durch die Presse geht die Nachricht, daß im Wahlkreis Düsseldorf-West den Kommunisten ein weiteres Reichstagsmandat zugesprochen worden sei, womit sich die Zahl der Reichstagsabgeordneten auf 585 erhöhen würde. Wie dazu in Erfahrung gebracht wird, trifft diese Nachricht nicht zu.

Stuttgart, 25. Nov. (Eig. Meldg.) Das württembergische Innenministerium hat die Zeitung „Der Arbeitssoldat“ wegen Beschimpfung und böswilliger Verächtlichmachung einer Behörde bis 15. Januar 1933 einschließend verboten.

Paris, 25. Nov. (Eig. Draht.) Der Allgemeine Gewerkschaftsbund (C. G. T.) hat eine öffentliche Kundgebung erlassen, die im Hinblick auf die bevorstehende Budgetdebatte in der Kammer gegen jede Herabsetzung der Löhne und Gehälter protestiert.

Professor Krafts Landtagstheater

Der Staatsanwalt legt Berufung ein

DB. Karlsruhe, 25. Nov. In dem Prozeß gegen Professor Kraft wegen Verleumdung des Badischen Landtags, der bekanntlich mit einer Berufung von 50 M. Geldstrafe endete, hat der Staatsanwalt Berufung eingelegt mit der Begründung, daß die Berufung die Erzielung einer wesentlich höheren Strafe bezwecken soll.

Das Lied vom Zement

Geist und Zement: das Bindemittel,
Und Eisen und Kohle, das andere Drittel.

Das sind die heiligen Drei,
Wenn sie wollen — ist es mit der Not vorbei.

Küßer herbei, alle — alle!
Den Choral vom Zement zu hören,
Und Freundschaft sollt ihr euch schwören!

Zement und Geist: das Bindemittel,
Und Kohle und Eisen, das andere Drittel.

Ungewisse Zukunft

für Deine Frau, wenn Du nicht mehr da bist —
für Deinen Sohn, wenn Du ihm nicht mehr helfen kannst —
für Deine Tochter, wenn Du nicht mehr für sie sorgen kannst —
also Lebens-Versicherung!

Greta Garbo

Ein Filmtopf jenseits von Gut und Böse

Die Massenkonfektionshäuser für Unterhaltungsware in Hollywood beliefern die Welt alljährlich mit einem neuen Schönheitsideal: gestern war es das blonde Girl mit den großen unschuldigen Augen, heute ist es die zynische Verführerin mit den künstlich nachgezogenen Wimpern, dem grell geschminkten Mund, dem rätselhaften Lächeln, morgen wird es vielleicht wieder die Madonna mit dem feinen Blick und den gelächelten, wenngleich manikürten Händen sein. Diese Frauentypen, in Hollywood erdacht, durch zahllose Filme, Zeitschriftenfotos und Bahnkrempenplakate der Menschheit als neuestes Ideal aufgedrängt, haben mit einander gemein, daß sie entweder den Gipfel der Reinheit und Tugend oder aber den Inbegriff aller Lasterhaftigkeit und Verworfenheit darstellen. Sie sind teils Engel, teils Teufel, man muß sie anbeten oder sich in moralischer Verachtung von ihnen abwenden; Menschen dieser Welt sind sie nicht.

In der Kinofilmzentrale, in der großen Wunschtraumfabrik Hollywood, lebt eine einstige Schauspielerin, die es wagte, die heiligen Gelebe der Filmproduktion umzustößen: Greta Garbo. Sie spielt weder das teuflische Mädchenideal des amerikanischen Sinterwäldlers, noch nimmt sie die abarunditäre Verurteilung, von der der Spieler im Kino so gern mit wollüstigen Schauern träumt. Sie ist ein Engel der Hölle und ein Dämon des Himmels; nicht gut oder schlecht, sondern beides, nicht Marionette oder Klischeefigur, sondern lebendiger Mensch dieser Welt. Dem uniformierten amerikanischen Filmbetrieb hat Greta Garbo das Wunder und die Wirkung einer großen, eigenartigen und einmaligen künstlerischen Persönlichkeit entgegengebracht.

In Stockholm als Greta Gustafson geboren, war sie Verkäuferin in einem Warenhaus, später Schauspielschülerin. Der große schwedische Regisseur Mauritz Stiller, der unvergleichliche Schöpfer der Selma-Lagerlöf-Filme, hat sie entdeckt und ihr in seinem Film „Gösta Berling“ eine Rolle gegeben. Sie spielte die Elissa, ein echtes Geschöpf nordischer Romantikaft, eine Frau mit unendlicher Schwermut im Blick, eine Frau, deren Dasein traumatische Melancholie ist. Mit ihrem Entdecker Mauritz Stiller ging sie dann nach Berlin. Aber keine Filmgesellschaft wagte es, die seltsame Schwedin mit den abemissivollen grauen Augen und mit dem rätselhaften Gesicht zu engagieren; sie wich zu sehr von den süßen Filmputzen ab, die angeblich beim Publikum so beliebt sind. Tagelang, wochenlang wartete sie in den Büros der Filmfirmen. Endlich wird sie von G. W. Pabst für den Film „Die treudlose Gasse“ verpflichtet. Sie erlangt einen Erfolge, den

noch aber kann sie in Berlin nicht weiterarbeiten. Die Amerikaner, die den besseren Blick für schauspielerische Talente haben, holen sie nach Hollywood. Seither hat sie nur in Hollywood gefilmt. Man hat sie dort in ein Rollenfach einzuordnen versucht, das der „dämonischen Verführerin“ ist. Sie hat viele alberne Rollen in vielen schlechten Filmen dargestellt, sie hat viele Konflikte mit den Filmdirektoren durchgemacht, sie hat den Geist von Hollywood nicht befreit, ihre Filme werden immer klischeuhaft — aber sie ist dennoch nicht nur die berühmteste und populärste, sondern auch die bedeutendste Filmschauspielerin dieser Zeit geworden: ihre große Kunst obdelt den Klischee, den sie spielen muß.

Ihre ersten amerikanischen Filme fielen durch. Erst in „Es war“ erreichte sie wieder das Niveau von „Gösta Berling“ und der „treudlosen Gasse“. Hier war zum erstenmal in der Geschichte des Film ein „Wann“, eine Verführerin, der man es auch wirklich glaubte, daß sie den Männern gefährlich wurde; sie gab eine triebhafte Frau, die den Männern zum Verhängnis wird, nicht aus Freude am Spiel mit fremdem Schicksal, sondern aus Zwang des Blutes, und die an ihrer eigenen Leidenschaft zurunde geht. In „Anna Karenina“ gestaltete sie das tragische Schicksal einer sensiblen Frau, die einer armen Liebe den Gatten und das Kind opfert, die für ihr Glück mit dem Leben bezahlt. Der Spieler im Kinopublikum würde Anna Karenina als Ehebrecherin und schlechte Mutter verdammen; er wurde aber von ihrem Schicksal mitgerissen, weil Greta Garbo zeigte, daß diese Frau nicht anders handeln kann, daß ihr Blut über ihr Gewissen und ihren Willen geht. Es gibt Kräfte in der menschlichen Seele, die gewaltiger sind als der Moralcode der Menschen.

Greta Garbo hat in Hollywood viele Filme gedreht; sie trugen kitschige Titel, sie waren inbald fast alle unbedeutend, aber sie gaben der schwedischen Schauspielerin doch Entfaltungsmöglichkeiten für ihre menschengestaltende Kunst. Da das Wesen ihres Spielers mimisch ist, da ihr wichtigstes Ausdrucksmittel das Antlitz, die Augen, der Mund sind, wählte man, daß der Tonfilm ihre Karriere beenden würde. Sie hat als die ausgezeichnete, allsehende Dirne „Anna Christie“, in „Romanze“, in „Duo“, in selbst in ihrem sehr sentimentalen und ziemlich verworrenen jüngsten Film „Mata Hari“ bewiesen, daß sie den neuen schauspielerischen Stil des Tonfilms ebenso meistert wie den mimischen Stil der stummen Kinetik. Ihr tiefes Organ befreit anfangs, dann aber erhöht es den großen Zauber ihres Spielers.

Zauber weht um Greta Garbo. Der erotische Zauber einer ungewöhnlich schönen Frau, der Zauber einer fastintendierten künstlerischen Persönlichkeit. Der Filmbetrieb der kapitalistischen Welt bringt es mit sich, daß man das Persönliche in den Vordergrund schiebt und mit Entfaltungen über das Privatleben und der

Andeutung angeblicher Geheimnisse Interesse für einen Künstler zu erregen versucht. Um Greta Garbo haben die Presseheer schillige Legenden geponnen; ihre Zurückgezogenheit, die begriffliche Abneigung gegen die ungesellige Gesellschaft von Hollywood und gegen das persönliche Auftreten in der Öffentlichkeit boten den Klammern artikelverfälschenden des Filmgeschäftes willkommene Anknüpfungspunkte. Dazu kommt, daß die jenseitige, realistische Erscheinung Greta Garbos von vielen Schauspielern in aller Welt kopiert, daß ihre Haartracht und ihre Haarfarbe zu einer Modeangelegenheit gemacht, daß sie zu einem „Top“ wurde, der nun in ungeschätzten schichten Nachahmungen auf der Erde herumläuft. Aber auch dieses widerwärtige Treiben, der alberne Personenkult konnte aus der Künstlerin Greta Garbo nicht einen „Star“ in der Art der Marlene Dietrich machen; auch ihre besten Kopien bleiben meilenweit hinter dem Original zurück.

Das filmgeschichtliche Verdienst Greta Garbos ist die Revolutionierung des schauspielerischen Stils. Sie hat einen neuen, modernen Typ der Tragödin geschaffen. Selbst die größte, die vor ihr wirkte, Asta Nielsen, brauchte noch Schminkeffekte und Glorietränen, um zu erschüttern; die anderen suchten innere Erregung dadurch sichtbar zu machen, daß sie mit den Armen in der Luft herumwubbelten und die Augen rollten. Greta Garbo verspricht auf alle grellen und ardenen Mänschen. Ihr Antlitz ist der maßliche Spiegel, in dem der seelische Kampf sichtbar wird. Ein Bild, ein Juden der Wunderwinkel, ein kaum wahrnehmbares traumatisches Lächeln Greta Garbos sagen mehr als die nervenschlaffesten förmlichen Anstrengungen und Berentungsübungen anderer Darstellerinnen. Die ungeschulte Veredlung ihrer beherrschten Mimik, die unbegrenzte Ausdrucksfähigkeit ihres Gesichts sind das Geheimnis ihrer künstlerischen Wirkung. Das Thema fast aller ihrer Filme ist die unendliche menschliche Leidenschaft, die den Menschen in tragische Konflikte verwickelt, ist der Kampf zwischen Gut und Böse im Herzen einer liebenden Frau. Hinter allen Masken aber, die sie getragen, kommt immer ihr eigenes Antlitz zum Vorschein. Hinter ihrer Kunst, die aller äußerlichen Hilfsmittel entbehren kann, lebt die Natur eines Menschenherzens. Sie schafft ihre Filmrollen aus dem tiefen schöpferischen Erlebnis; sie erfüllt sie nicht mit dem billigen Scheinleben der Leinwand, sondern mit Herzblut.

Der Rubin des Filmstars ist zumeist das Werk betrieblicher Klammern; im Fall Greta Garbo aber brauchte es wahrhaftig weder der Leinwand, noch des Gesichts über ihr Privatleben, noch gar der erfundenen Sensationsnachrichten von Filmwundern und angeblicher Selbstmord noch der fiktiven Abgeschlossenheit schweblicher Landgüter, um einer überaus großen Schauspielerin die Anerkennung und die dankbare Verehrung des Publikums zu verdienen.

Fünfzehn Jahre Sowjetstaat

Von A. Jugow

Fünfzehn Jahre schon besteht der Staat, der sein Wirtschaftssystem auf sozialistischer Grundlage aufzubauen versucht! Eine Tatleistung von gewaltiger geschichtlicher Bedeutung! Von besonderer Bedeutung gerade jetzt, da die Wirtschaftskrise die gesamte kapitalistische und soziale Reaktion in der ganzen Welt ihre Offensive gegen die Arbeiterklasse durchführt. In den Tagen dieses Jubiläums wird das Proletariat aller Länder mit gespannter Aufmerksamkeit nach Russland blicken. Was geschieht drüben? Was geschieht in dem Lande, in dem seit fünfzehn Jahren eine Regierung herrscht, die sich als Arbeiterregierung bekennt?

Industrialisierung der Landwirtschaft

Die durch den Fünfjahresplan in den Vordergrund gerückte Aufgabe einer beschleunigten Industrialisierung des Landes ist in beträchtlichem Maße erfüllt. Die Ausmaße dessen, was sich der Fünfjahresplan vorgenommen hatte, waren so überwältigend groß, daß es ein unbestreitbarer Erfolg ist, wenn zu dem vorgelegenen Termplan auch 70 bis 80 Prozent der Zielsetzungen des Planes erfüllt sind. Riesige Kraftwerke, Kohlenzechen, Hüttenwerke, Maschinenfabriken, Chemiewerke sind gebaut. Ganze Produktionszweige, die es vordem in Russland nicht gegeben hatte, sind entstanden. Die Erzeugung von Erdöl, Kohle, Metallen, Maschinen und Fertigungsmitteln hat stark zugenommen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit hat sich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter beinahe verdoppelt. Doch die Erfolge der Industrialisierung werden durch den Kampf gegen die mangelnde Qualität der Industrieprodukte, die mangelhafte Rentabilität des Industrieaufbaus und die Mißverhältnisse in der Entwicklung der Brennstoffe, Metalle, Baumaterialien usw., weil der Zwang zur Erzielung der Höchstleistung in jedem einzelnen Falle eben planmäßig in den einzelnen Wirtschaftszweigen auf die Gesamtentwicklung abgestellten Aufbau, jeden umfassenden wirtschaftlichen Plan unmöglich macht.

Das stürmische Tempo der Industrialisierung konnte nur durchgehalten werden, indem der Landwirtschaft Kapital in gewaltigem Umfang (bis zu 45 Prozent des Bruttoeinkommens der Landbevölkerung) entzogen wurde. Daraus ergab sich unermesslich eine Reihe von Rückschlüssen in der Landwirtschaft. Der Kampf gegen die mangelnde Qualität der Erzeugnisse, die gewaltige Entleerung des bäuerlichen Getreides und die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft trugen zur Verschärfung der Schwierigkeiten auf dem Dorfe noch mehr bei. Der Viehbestand ist erheblich zurückgegangen. Die Saatflächen, die nur um ein Geringes über den Vorkriegsstand hinaus erweitert worden waren, erlitten im Jahre 1932 eine neuerliche Abnahme. Die Bruttoernte, die kaum über den Friedensstand hinausgewachsen war, ist 1931/32 wieder stark gesunken (sie betrug 816 Millionen Doppelzentner im Jahre 1931 und 750 Millionen Doppelzentner im Jahre 1932). Bevölkerungszahl nach der Bevölkerungszählung in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten (um etwa 25 bis 30 Millionen Menschen von 1913 bis 1932), so ist die auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Getreidemenge niedriger noch als die keineswegs überhöhte Quote der Vorkriegszeit (die Getreidemenge pro Kopf der Bevölkerung stellte sich auf 6,3 Doppelzentner im Jahresdurchschnitt 1909/13, auf 5,5 Doppelzentner im Jahre 1927 und auf 4,8 Doppelzentner im Jahre 1932).

Das Schicksal der Arbeiter

Die aus den Riesenbauvorhaben von Dünstertrois erscheidenden Anstaltsanlagen, die Montanunternehmungen von Magnitogorsk, die Großfabriken der Traktorenindustrie, — all diese und andere Industrieerfolge sind bestimmt große Erfolge des Sowjetaufbaus. Daran besteht kein Zweifel. Aber ebenso unbestreitbar ist, daß das Proletariat der Sowjetunion diese Erfolge mit schweren Kosten und Entbehrungen, mit Not und Hunger bezahlt hat. Selbstverständlich gibt es im Sowjetstaat auch herrlich gebaute, komfortable Arbeiterwohnungen, gewiss gibt es auch Spielstätten für Arbeiter. Die hervorragend geleitet sind und ausgezeichnet funktionieren. Aber wer sich ein Urteil bilden will, darf nicht einzelne Inseln herausgreifen, sondern muß das gesamte Land, was zum Aufbau der Gesamtheit gehört, mit feststellen, daß die überwältigende Mehrheit der russischen Proletarier unter sehr schweren Lebensbedingungen ihren Kampf um das Dasein zu führen hat. Genauso hat sich die Lage der Arbeiter verschlechtert seit dem Jahre 1929, seit dem Siege des Stalin-Kurses. Um der beschleunigten Industrialisierung willen herrscht seitdem das Regime der überhöhten Intensivierung der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters. Überstunden sind eine alltägliche Erscheinung. Die Arbeit der „Stahlgiganten“ ist nicht mehr befristeter Vorstoß einer Elite, geboren aus Enthusiasmus und Arbeitseifer, sondern ein Schwereitium für alle; mit Herausforderung der Leistungspflicht und Senkung der Entlohnung. Die Nachtarbeit ist allgemein und obligatorisch geworden. Die Sozialleistungen sind nach Art und Umfang herabgemindert worden. Die staatliche Lebensmittel- und Gebrauchsgüterversorgung der Arbeiterklasse ist völlig unzureichend, in den Kammern des Staates aber und auf dem Markte sind die Preise für das proletarische Durchschnittseinkommen unerwünscht

hoch. Dort, wo die neuen Industrieerfolge gebaut werden, wohnen die meisten Arbeiter in Baracken oder Erdhöhlen. Aber auch in den Neubausiedlungen sind die Wohnverhältnisse unerträglich, die Wohnungen sind überfüllt und es haufen sich 6 oder 7 Menschen in einem Raum. In der Stadt gibt es infolge der Ausdehnung der industriellen Bauwirtschaft und des inflationistischen Charakters der staatlichen Ausgabenwirtschaft fast gar keine Arbeitslosen. Aber die Lebensbedürfnisse sowohl der Arbeitenden als auch der Arbeitslosen werden so schlecht befriedigt, daß sich in den letzten Jahren eine Klut von Mißtrauen und Feindseligkeit aufgestaut hat zwischen der Arbeiterklasse und der Staatsmacht, die aus der Revolution hervorgegangen ist.

In den letzten Jahren ist auch die Verrohung der Landbevölkerung mit den nötigen Industrieprodukten infolge der Vernachlässigung der Maschinenbauindustrie zugunsten der Schwerindustrie immer schwieriger geworden; auf der anderen Seite sind die Bauern, nachdem sie keine Industriewaren bekommen und ihre Agrarerzeugnisse zu Vagabundieren an den Staat abliefern mußten, dazu übergegangen, nur knapp so viel zu produzieren, wie sie verbrauchen, in einer Reihe von Bezirken (in der Ukraine, an der Wolga) kam es auf den Dörfern zu richtiger Hungersnot. Bald in diesem, bald in jenem Bezirk zündeten die Flammen der spontan ausbrechenden Bauernunruhen empor.

Gibt es im Rätestaat ein Rätesystem?

Von den viel gepriesenen „Vorzügen“ des Rätesystems besteht nur einer: die Nichtwertigkeiten haben kein Wahlrecht, dürfen nicht in der Roten Armee Dienst leisten und sind hoch befürwortet. Aber dieser „Vorzug“ hat kaum noch etwas zu bedeuten, denn die Zahl der Staatsbürger, die kein Wahlrecht besitzen, stellt sich jetzt auf knapp 2 bis 3 Prozent. Die Abwehrbarkeit der Abgeordneten durch die Wähler gibt es nur auf dem Papier. Die Wahlen zu den Sowjets finden nicht häufig statt als Parlamentswahlen in den Ländern der kapitalistischen Demokratie. Es gibt dabei keinen politischen Wahlkampf, keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit. Die Wahlen selbst reduzieren sich auf die Ernennung der Abgeordneten durch die kommunistischen Parteiorganisationen. Der Rätekongress der Sowjetunion tritt gerade einmal im Jahr zu einer Session von wenigen Tagen zusammen. Die Organe der staatlichen und kommunalen Verwaltung sind die Amtsstuben der Odisowjets, deren Personal von der kommunistischen Partei ernannt wird. Die Regierung liegt in den Händen des Präsidiums des Zentralerekutivkomitees und des Rates der Volkskommissare, die nur aus Kommunisten

bestehen. In fünfzehn Jahren hat die Diktatur verschiedene Stadien durchgemacht, aus einer Diktatur des Proletariats wurde sie zur Diktatur der kommunistischen Partei, dann zur Diktatur des kommunistischen Zentralkomitees, dann zur Diktatur des Politbüros des Zentralkomitees und schließlich zur persönlichen Diktatur des Generalsekretärs der KPdSU. — Stalin. Es gibt im Sowjetstaat weder eine Demokratie für alle, noch eine Demokratie für die Arbeiter, noch eine Demokratie für die Mitglieder der kommunistischen Partei. Die häufigsten Verfolgungen „linker“ oder „rechtser“ oppositioneller Abweichungen parteitreuer Kommunisten, die Verfolgungen derer, die dem Generalsekretär der Partei und seinen Freunden nicht genehm sind, kennzeichnen das Regime der persönlichen Diktatur.

Wird in Russland der Sozialismus aufgebaut?

Trotz aller Bemühungen der Kommunisten, trotz aller Entbehrungen der Bevölkerung will der Aufbau des Sozialismus im Sowjetstaat nicht glücken. Der Grund liegt in dem Fehlen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Voraussetzungen einer fortschrittlichen Verwirklichung des Sozialismus. Die Klassen der früheren Ausbeuter und Parasiten sind tatsächlich verschwunden, aber in Stadt und Land sind neue Klassen der Herrschenden und Besitzenden entstanden. Gewiß sind es Tausende von kommunistischen Funktionären, von ehemaligen Arbeitern, die heute den neuen regierenden Stand bilden. Aber für dies illusorische Vorrecht der Amterbelegung blühen die Millionen der Arbeiter damit, daß die Gewerkschaften verstaatlicht sind und doch ein Kampf um die Lebensinteressen der Arbeiter weder organisiert, noch unorganisiert geführt werden kann. Der Durchschnittsarbeiter ist nach wie vor der ausgebeutete Verkäufer der Ware Arbeitskraft — mit dem Unterschied nur, daß ihm als Käufer der Arbeitskraft der Staat gegenübersteht, der zugleich auch über die politische Macht verfügt.

Sozialismus lebt voraus freie und aktive Entfaltung der schöpferischen Kräfte jedes einzelnen, gleichmäßige Verteilung der Rechte und Pflichten, irgendein Mindestmaß an Existenzsicherung für die Werktätigen. Gewiß entsteht der Sozialismus nicht auf einen Schlag in vollendeter Schönheit, der Weg zum Sozialismus erfordert Opfer und Entbehrungen. Aber wenn es der richtige Weg ist, den man eingeschlagen hat, so muß das Leben nach fünfzehn Jahren wenigstens etwas leichter geworden sein, wenigstens allmählich einen sozialistischen Anstrich angenommen haben. Aber das Arbeiterdasein im Sowjetstaat ist infolge der Stalin-Politik gegenwärtig so unerträglich, daß manche Arbeiter mit Sehnsucht zurückdenken an die Zeiten der „NEP“ („Neue Wirtschaftspolitik“), an die Jahre 1925/27, d. h. an die Zeit, in der die Kommunisten zunächst darauf verzichtet hatten, den Sozialismus im Sturmansatz zu verordnen. In fünfzehn Jahren ist im Sowjetstaat eine zentralisierte staatliche Wirtschaft entstanden, deren Grundbaue die Lohnarbeit ist, der „sichere Sieg des Sozialismus“, von dem die Kommunisten sprechen, ist nicht zu sehen.

Sport

Athletik

Arbeiter-Athletenbund, 17. Kreis, 3. Bezirk

Die Serienkämpfe im 3. Bezirk nehmen einen sehr erfreulichen Verlauf. In den bis jetzt stattgefundenen Kämpfen wurden zum Teil sehr gute Leistungen erzielt. Der bisherige Verlauf ergibt folgenden Tabellenstand:

Vereine	Im Ringen:				Punkte
	Kämpfe	gew.	unent.	verl.	
Mühlburg	3	3	0	0	6
Knielingen	3	2	0	1	4
Hagsfeld	2	1	1	0	3
Vorsheim	3	1	1	1	3
Darlanden	3	2	0	1	4
Athletengesellschaft	3	0	0	3	0
Körperspflege	3	0	0	3	0
Rüppurr	3	0	0	3	0
Im Stemmern:					
Athletengesellschaft	3	3	0	0	6
Vorsheim	3	3	0	0	6
Mühlburg	3	2	0	1	4
Körperspflege	3	2	0	1	4
Knielingen	3	1	0	2	2
Hagsfeld	2	0	0	2	0
Darlanden	3	0	0	3	0
Rüppurr	3	0	0	3	0

Am 27. November treffen sich zu den fälligen Serienkämpfen folgende Vereine: Mühlburg — Hagsfeld, Darlanden — Vorsheim, Körperspflege — Athletengesellschaft, Knielingen — Rüppurr. Die Kämpfe kommen bei den erstgenannten Vereinen zum Austrag.

Handball

Bezirks-Handballtag in Durlach

Im Eigenheim der Turngemeinde Durlach findet am morgigen Sonntag, vormittags 9 Uhr beginnend, die Jahreskonferenz der Handballsparte des 3. Bezirks statt. Von jeder waren die Hauptverammlungen der Handballer mit ihren eingehenden Berichten,

mit ihren Beschlüssen und nicht zuletzt mit ihrer eingehenden, sachlichen Ausprache. Marksteine in der Geschichte der mittelbadischen Handballbewegung. Die Turnvieler haben morgen Gelegenheit, einen fleißigsten Situationsbericht des seit einem Jahre als Bezirksleiter tätigen Gen. Schumacher-Durlach entgegenzunehmen, der, wie aus den inswischen an die Vereinsvorstände verfassten Berichten hervorgeht, trotz der wirtschaftlichen Krisis, die zweifelsohne proletarischen Sport und proletarische Kultur schwer bedroht, von schönen Erfolgen gekennzeichnert ist. Möge die Tagung einen der Bewegung in höchstem Maße dienlichen Verlauf nehmen. Auf den Spielplätzen herrscht Ruhe, da die Bezirksleitung die Nachrunde der Jahreskonferenz wegen erst am 4. Dezember beginnen läßt. Ammerlein sind drei Besegnungen zustand gekommen, und zwar hat Ta. Durlach aus Anlaß der Tagung Baden-Geroldsau mit 2 Mannschaften zu einem Freundschaftsspiel verpflichtet, ebenso treffen sich Rüppurr und Hagsfeld. Die Vereine Hagsfeld und Vorsheim tragen auf dem Platze bei Scheibhardt noch ein schon zweimal verlegtes Serienpiel aus der Vorrunde aus.

Fußballvorjah

Neuer Spielbetrieb herrscht am kommenden Sonntag in Freundschaftsspielen. Die Mannschaften treffen sich auf den Plätzen der erstgenannten wie folgt: Unterarombach — Grünwettersbach, Pfort — Wörth, Langensteinbach — Gröningen, Hohenwettersbach — Union Karlsruhe, Knielingen — Hagsfeld, Königsbach — Ottenhausen, Südbad-Gebirgsbahn — Kusheim, Union Karlsruhe — Essenheim, Grünwinkel — Aue, Durlach — Sulach, Liedolsheim — Mühlburg, Gröningen — Vorsheim, Rüppurr — Darlanden und Blankenloch — Bruchsal. W. M.

Beschäftigt man die Wäsche?

Damit alle Seifenreste aus dem Gewebe herausziehen, denn sonst geben sie später einen häßlichen grauen Ton auf der Wäsche ab. Damit haben Sie aber keine Zeit, wenn Sie's so machen: einige Handvoll Sil kalt anrühren, dem ersten heißen Spülwasser zugeben und darin die Stücke kurze Zeit stehen lassen. Die Wäsche wird dann besonders schön weiß, duftig und frisch!

Geschäftsführer: Georg Schmitt, Verantwortlich: Volpert, Brethaus Baden, Volkswirtschaft, Gewerkschaftliches, Soziales, Berufliches, Aus aller Welt, Die Welt der Frau, Verheiratheten, E. G. B. u. a. m.; Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Durlach, Aus Mittelbaden, Berichtsetzung, Karlsruhe, Umgebungen, Sozialistisches Jugendrot, Heimat und Baden, Sport und Spiel, Ausflüge; Josef Ellete, Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Gustav Krüger, Emilische Wohnung in Karlsruhe.



Neues aus der Waschküche!

Entdeckt von praktischen Hausfrauen!

Hausfrauen fanden eine neue Art, sich das Wäschepülen zu erleichtern und dabei die Wäsche noch frischer, noch duftiger zu erhalten. Hier das Rezept: Etwas Sil kalt aufgelöst und ins erste heiße Spülwasser — das ist die ganze Spülweise! Sil entfernt rasch alle Seifenreste der Waschlauge und gibt der Wäsche einen besonders klaren und reinen Ton! Sil ist auch das schonende Mittel zur Entfernung hartnäckiger Flecken und zum Bleichen grauer, vergilbter Wäsche.



Sil-gespülte Wäsche ist schöner!

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Volkswirtschaftliches

Getreidepreisflügelung

Die Experimente der autoritären Regierung

Die autoritäre Regierung des Herrn Papen hat nur einige Monate auf dem Getreidemarkt experimentiert. Aber uns genügt zu einem völligen Fiasko. Die Wirtschaftslage des Reichslandwirtschaftsministers Freiherr von Braun hat uns in eine Situation schiffen lassen, die den Steuerzahlern einige Duzend Millionen Mark kosten wird. Was in den letzten Monaten und Wochen auf den Getreidemärkten getrieben worden ist, hat mit Getreidewirtschaft nichts mehr zu tun: Es ist nackte Interessenspolitik.

Es ergibt sich folgendes Bild an den Getreidemärkten: Die vom Reichslandwirtschaftsminister beauftragten Stützungsstellen laufen mit Steuergeldern wahllos Getreide, in der Hauptsache Roggen, auf, um die Preise hoch zu halten. Man tröstet sich damit, diesen Roggen einmal als Viehfutter verkaufen zu können. Die Viehzüchter können ihn nicht abnehmen, weil er viel zu teuer ist. Also bleibt das Reich auf dem von den Stützungsstellen aufgekauften Roggen sitzen. Wenn man davon die Menge, die als Viehfutter trotz der überhöhten Preise abgesetzt werden kann, abzieht, dürfte das Reich am Ende des Jahres im Besitz von Roggenmengen sein, die zwischen 500 000 und 750 000 Tonnen schwanken. Nehmen wir an, recht niedrig berechnet, daß das Reich für eine Tonne Roggen 160 Mark bezahlt, dann ergibt sich das **runde Summchen von 80 Millionen Mark!** Das ist Geld der Steuerzahler, das dafür verausgabt wird, den Großhändlern hohe Getreidepreise zu verschaffen und den Konumenten das Brot zu verteuern.

Umlagevergütung bei der Ausfuhr

Dr. Berlin, 24. Nov. Der Zwölferausschuß des Reichswirtschaftsrats beauftragt, daß entsprechend seinen wiederholten Anregungen das Reichsfinanzministerium mit der Verordnung die Umlagevergütung erwächst, bis zu einem gewissen Grade dadurch beseitigt, daß ein Teil der für die ausgeführte Ware entrichtete Umlagesteuer bei der Ausfuhr vergütet wird.

St. & Klump N. G., Gernsbach (Hagen). Der Generalversammlung am 20. d. Mts. werden die Bilanz und der Abschluß für 1931 vorgelegt werden. Die Gesellschaft weist bei einem RM. von 2,5 Millionen RM. für ihr zweites Geschäftsjahr als N.G. einen Verlust von 130 759 RM. aus, der sich um den Vortrag auf 1930 um 24 458 RM. auf 106 301 RM. ermäßigt. Abschreibungen erforderten 74 917 RM., Zeltreber-Abschreibungen 23 058 RM. Das Anstandsgericht sei durch die Unfahigkeit wegen des Grundbesitzes erheblich erleichtert; besonders darf bei der Gesellschaft von der Zahlung der transatlantischen Grenze für deutsche Holz-Verfahren werden.

Kleine bad. Chronik

* **Viedelsheim** (Amt Karlsruhe), 25. Nov. Umfielung. Am 7. Dezember wandern drei Familien von hier nach Oberhiesien aus. Dort ist im Bezirk Breslau ein großes Gut aufgeteilt worden. Jeder Anfielner erhält 60 Morgen Land für 24 000 Mark.

* **Achern**, 25. Nov. Schneesturm im Schwarzwald. Seit den Abendstunden des Donnerstag tobt im oberen Schwarzwald ein heftiger Schneesturm. Die Berge sind erneut mit einer bis auf 900 Meter herabreichenden Neuschneehöhe überzogen.

* **Wilderdingen** (Amt Worsheim), 25. Nov. In der Scheune abgebrannt. Am Donnerstag flürzte beim Abhängen des Tabaks eine etwa 50 Jahre alte Landwirtschaftrai in der Scheune so unglücklich ab, daß sie mit Knochenbrüchen und inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

* **Willingen**, 25. Nov. Mittelalterliche Funde in Willingen. In dem an alten Kunstgegenständen so reichen Willingen wurden diese Woche neue Entdeckungen gemacht. Am ehemaligen Franziskanerkloster, jetzt Heiligengasthof, wird zur Zeit die Kapelle umgebaut. Dabei fand man zwei aus dem Anfang des 13. Jahrhunderts stammende prächtige Wappensteinen, welche trotz der mehrmaligen Zerstörung des Klosters bei Belagerungen ausgezeichnet erhalten waren. Auch wurden in dem früheren Refektorium große Wandgemälde gefunden, welche offenbar hervorragende Persönlichkeiten des Ordens darstellten. Leider waren die Gemälde sehr stark beschädigt und mußten mit der Wand entfernt werden.

* **Konstanz**, 25. Nov. Parteifreit der Konstanzer Kommunisten. Der Besuch des Erzbischofs Dr. Conrad Gröber in Konstanz hat einen Parteifreit der Kommunisten untereinander zur Folge. Der kommunistische Stadtrat liebte sich an dem Empfang des Bürgermeisters im Rathaus beteiligt und auch an der Gruppenaufnahme teilgenommen. Darob ist unter den Kommunisten in Konstanz ein Streit entbrannt, der zu einer Mißbilligung des Verhaltens des kommunistischen Stadtrats geführt hat. In einer öffentlichen Erklärung heißt es, daß die Ortsgruppe der K.P.D. Konstanz das Gebären Liebs verurteilt und mit aller Strenge gegen ihn vorgehen werde.

* **Durbach**, 24. Nov. Der unter dem Verdacht der Brandstiftung am 4. November verhaftete ledige Bediener Wendelin Vollmer ist auf freien Fuß gesetzt worden, da sich keine Umstände herausgestellt hat.

* **Kehl**, 24. Nov. Die in Stralsburg wegen Kofainsmuggels und Handelsverfälschung zwei jungen Leute namens Kiefer und Bösch von hier sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da der auf ihnen ruhende Verdacht sich als unbegründet herausgestellt hat.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Eine neue Zirkone ist jetzt bei Enzland angekommen. Vor ihrem Einzug werden die Niederschläge am Samstag bei uns unter gleichseitig abflauenden Winden vorübergehend etwas nachlassen. Schon für morgen steht aber wieder verbreiteter Regen bei stürmischen Südwestwinden bevor. Im übrigen wird das Wetter mild bleiben.

Wetterausblick für Sonntag, den 27. November: Meist stürmisches Regenwetter, nur in höchsten Gebirgslagen Schneefälle.

Gewerkschaftliches

Die Organisation der Maler und Lackierer

Im Maler- und Lackierergewerbe hat sich die Wirtschaftskrise in diesem Jahre wahrhaft katastrophal ausgewirkt. Die Arbeitslosigkeit war bei den freigeordneten Malern in den ersten drei Quartalen des Jahres größer als je — größer auch als in der schlimmsten Zeit der Inflation. Zu den Auswirkungen der verhängnisvollen Wirtschaftslage auf die gewerkschaftliche Arbeit nahm dieser Tage der Verbandsrat der freigeordneten Maler in Hamburg Stellung.

Wie aus dem Bericht des Verbandsvorsitzenden Paß hervorgeht, gelang es trotz der Ungunst der Verhältnisse, das Tariffundament zu erhalten, auf dem in günstigerer Zeit wieder aufgebaut werden kann. Der für die Lohn- und Tariffragen verantwortlichen Verhandlungskommission wurde vom Beirat einstimmig das Vertrauen ausgesprochen.

Der Druck der Not zwingt selbstverständlich auch am Mittlereinstand der Maler nicht laurlos vorüber. Der Verbandsvorstand schied daher vor, die Unorganisierten ohne Einrittsgeld aufzunehmen und ihnen das Zahlen des 10-Pennig-Beitrags für die Woche zu gestatten. Erwerbslose Mitglieder, die ohne jede Unterstützung sind, sollen in Zukunft völlig vom Beitrag frei sein. Das „Kassett für Maler“ bleibt bestehen und wird ab 1. Januar wesentlich billiger werden. Der Beirat war mit dem Vorstand einverstanden.

Zwecks Eindämmung der Arbeitslosigkeit im Malerberuf forderte der Beirat noch scharfer Kritik an den sozialpolitischen Maßnahmen der Papenregierung von neuem Arbeitsbeschaffung, vor allem Förderung des Wohnungsbaus.

Vom Wohnungsbaue

Eine Zeitlang hat es so ausgesehen, als ob für den Wohnungsbau überhaupt nichts mehr getan werden soll. Dann sind den verantwortlichen Stellen anscheinend wieder Bedenken gekommen. Ab und zu hiebert man daher wenigstens einige Tropfen auf den heißen Stein. So hat die Reichsregierung beschlossen, 20 Millionen Mark als Reichsbauarlehen für Eigenheime in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 bereitzustellen 20 Millionen Mark für zwei Jahre! Auch will man nur Einzelförderer, die über ein eigenes Eigenkapital verfügen. Die Bedingung, daß mindestens 30 Prozent der Baukosten als Eigenkapital nachzuweisen sind, schließt vornehmlich gerade die Bevölkerungsfreie aus, die unter dem Wohnungselend am meisten zu leiden haben.

Der Reichsarbeitsminister vertritt die Meinung, daß bei den jetzigen Baupreisen Eigenheime schon für 4000 bis 5000 Mark herzustellen sind. Auch diese Ziffern zeigen, daß die Reichsbauarlehen nicht den unbemittelten Bevölkerungsfreien zu Gute kommen. Aber auch in diesen besteht ein harter Drang nach einer gesunden Wohnuna und einem städtischen Land.

Die Reichsregierung wird, wenn sie wirklich den Baumarkt Hilfe bringen will, an dem eigentlichen Wohnungsproblem, d. h. an der Wohnungsbeschaffung für die mittellose Bevölkerung, nicht vorbeizugehen können. Gewiß ist nach dem Abzug der Hauszinssteuer die Lösung dieses Problems nicht leichter, sondern schwieriger geworden, aber mit Unzulänglichkeiten, wie der Bereitstellung von 20 Millionen kommt man schon gar nicht weiter.

Letzte Nachrichten

SA-Brüder untereinander

Verurteilung wegen Totschlags an einem Parteigenossen

Dr. W. A. G. 25. Nov. Das Schwurgericht verurteilte heute den SA-Mann Martin an Schwelmer wegen Totschlags an acht Jahren Zuchthaus. Martin hatte in der Nacht um 28. Juli seinen Parteigenossen, den SA-Führer Kaszin aus Eilenhof, mit einem Gummitupfel schwer verletzt und ihn dann mit dessen eigenem Revolver erschossen. Drei SA-Leute wurden wegen Kaufhandels und Waffenergehens zu fünf bis neun Monaten Gefängnis verurteilt. Martin führte zu seiner Verurteilung an, er habe jenen Parteigenossen für einen Kommunisten gehalten.

Scharfe Urteile

Dr. Strauß, 25. Nov. In dem Aufzuchtprozess gegen Angehörige der Eisernen Front wegen der Vorfälle im Regener Wald wurde Freitagabend nach 15stündiger Beratung das Urteil gefällt. Der Angeklagte Töpfer wurde als Rädelsführer zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt, zwei Angeklagte zu acht und zehn Monaten Gefängnis.

Berlin, 25. Nov. Reichspräsident von Hindenburg empfing den mit Ende des Monats in den Ruhestand tretenden bayerischen General und Himmelführenden Stellvertreter Banerns im Reichsrat, Dr. v. Freyer, in Abschiedsaudienz.

Veranstaltungen

Großer Gelerter Abend am Sonntag, den 4. Dezember. Wer einmal die Sorgen des Alltags für ein paar Stunden vergessen will, der verleihe es nicht, den am Sonntag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr, im arden Festsaal stattfindenden „Gelerter Abend“ zu besuchen. Die bereits mitgeteilt, ist es gelungen, die prominentesten Künstler zu verpflichten. Die bekannte Kapelle Dajos Bela mit ihrem Meister wird diesen Abend mit ihren Musikstücken verschönern. Die beiden charmannten Soubretten E. H. und G. M. S. werden mit ihren Parodien und Skizzen wieder an 2 Abenden die Herzen der Zuhörer im Zaum erobern. Ebenso auch die fünf Sängere, genannt die deutschen Revelliers. Den Höhepunkt des Abends wird wohl Billi Kewer, der Liebling aller und der bei seinem letzten diesigen Gastspiel vom Kaiserlicher Publikum stürmisch gefeiert wurde, mit seinem lustigen Einakter und sonstigen kleinen Entwürfen bringen. Gerda Janz und Hans Jans vom Züde. Ausnahm werden die Zuhörer mit einigen Liebeserzählungen. Das nähere Programm wird in den nächsten Tagen bekanntgegeben. Die Nachfrage für diesen Abend ist eine sehr starke und ist es daher empfehlenswert, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu versehen. Der Vorverkauf findet im Musikhaus und Konzertdirektion Fritz Müller, Kaiserstraße 96, Tel. 388, statt.

Aus der Stadt Durlach

Die Ursachen der Aussperrung bei der Firma Ritter N. G. Durlach

Im Anlauf trat die Direktion der Firma an den Arbeiterrat heran mit dem Ersuchen, in Verhandlungen mit ihr einzutreten über einen beabsichtigten Lohnabbau. Darauf verlangte der Arbeiterrat zunächst einmal Unterlagen nebst Begründung. Darauf gab die Direktion ihre Absichten bekannt, wonach die Abforderte der mechanischen Abteilung von 87 auf 70 Pfa. abgebaut werden sollte. Als Begründung wurde die schlechte Geschäftslage sowie die Konkurrenzunfähigkeit auf dem Auslandsmarkt angeführt. Die Gestehungskosten müssten herabgedrückt werden und könne die Lohnseite dabei auch nicht leer ausgehen. Die Gehälter jenseit der oberen Klassen der Angestellten seien schon enorm abgebaut worden. Auf eine Anfrage um wieviel und wie hoch diese noch seien, wurde eine klare Antwort nicht gegeben. Der Belegschaft wurde zu verstehen gegeben, daß, falls sie nicht nachgäbe, die Gefahr der Stilllegung für den Betrieb drohe.

Dieses Angebot der Firma, das gleichbedeutend war mit einem fastigen Verdienstabzug von durchschnittlich 25 Pfa. pro Stunde, lehnte die Belegschaft in einer Versammlung einstimmig ab. Der Arbeiterrat teilte diesen Beschluß der Direktion mit und schied gleichzeitig vor, die notwendigen Einparungen bei den oberen Gehältern vorzunehmen.

Darauf fanden eine Reihe weiterer Verhandlungen zwischen Arbeiterrat und Direktion, zuletzt vor dem Schlichter von Südbad. Dr. Kimmich, statt. Letzterer gab sich die erdenklichste Mühe, die Differenzen zu beseitigen; allein die Bemühungen scheiterten. Der Dr. Kimmich ersuchte darauf die Firma, ein für die Arbeiterschaft annehmbareres Angebot zu machen. Nach längerem Zögern erhöhte die Firma dann ihr Angebot auf 80 Pfa. Abforderte. Dies bedeutete einen Lohnabbau von 10 Pfa. durchschnittlich pro Stunde.

Zu diesem Angebot nahm die Belegschaft erneut Stellung und lehnte in gleicher Abstimmung nahezu einstimmig dasselbe ab. Darauf gab die Direktion ihr Angebot am Freitag, den 11. November, aber am Samstag, den 12. November, bekannt, daß, wenn damit nicht einverstanden sei, entlassen wäre. Am Montag darauf blieb die Belegschaft von der Arbeit fern, sie war ausgesperrt. Bemühungen von Seiten der Organisationen in Verhandlungen mit der Direktion die Differenzen zu beseitigen, waren erfolglos.

Die Streikenden stehen geschlossen in der Abwehrfront und werden dies bleiben bis eine Verständigung erzielt wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband — Verband der Maler.

Sozialdemokratische Partei — Frauensektion Wir bitten unsere Genossinnen und Genossen heute schon, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß am Mittwoch, den 30. November, in der Vorkingstraße ein Vortrag stattfindet über das Thema: „Alkohol und Volkswirtschaft“. Referent ist der Vorsitzende des Arbeiterabteilensbundes, Genosse von der Vera.

Parteiorganisationen und Genossen! Der Bericht vom Landesparteitag in Durlach wird am Mittwoch, 30. Nov., abends 8 Uhr, in der Mitgliederversammlung gegeben. Festhalle 2. Stad. Wir erwarten zahlreiche Besuch.

Aufforderung

zur Vorausleistung des Gehaltsmacherlohnes für das Geschäftsjahr 1933.

In Anbetracht der schwierigen Lage, in der sich die Stadtteile infolge der Ausrichtung der allgemeinen Wirtschaftslage befinden, ist die Stadtgemeinde außerstande, im laufenden Wirtschaftsjahr die für die Gehaltsmacher notwendigen Betriebsmittel in vollem Umfang bereitzustellen. Um einestells einer Anzahl der zahlreichen, sich in schwerer Notlage befindlichen Arbeitsschichten den Lebensunterhalt zu ermöglichen, werden die von diesen langjährig erwartete Gehaltsmacherlohn zu verschaffen und andernteils die rechtzeitige Aufbereitung des anfallenden Solkses zu ermöglichen, um dadurch Vorzüge für eine rechtzeitige Zuteilung der Holzarten und eine gute Verwertungsmöglichkeit des Solkses zu treffen, hat der Gemeinderat den Beschl. eines Teils der Holzhauseri beschließen. Damit aber baldmöglichst die Holzhauserarbeiten im vollen Umfang aufgenommen werden können, was nicht nur im Interesse der Stadt, sondern auch im Interesse der Gehaltsmacher und der Arbeitsschichten gelegen wäre, richten wir an die Gehaltsmacher die Aufforderung zur alsbaldigen Vorausleistung des Gehaltsmacherlohnes.

Der Gehaltsmacherlohn, der sich nach den tatsächlichen Ausgaben richtet, erfolgt gegenüber dem Vorjahr infolge der geänderten Arbeitslöhne eine Ermäßigung und beträgt nach vorläufiger Berechnung für einen März 28 RM., für eine Sägemittel 15 RM. und für eine Baite 7,50 RM. In diejenigen Kreise, die heute noch wirtschaftlich darat gestellt sind, daß sie die Zahlung des Gehaltsmacherlohnes auf einmal vornehmen können, ergeht das besondere Ersuchen, dies in den nächsten Tagen bewirken zu wollen. Alle übrigen Gehaltsmacher werden ersucht, nach bester Möglichkeit Teilzahlungen zu vollziehen, um der Stadtgemeinde die Durchführung der Holzhauseri in vollem Umfang zu ermöglichen. Aufforderung durch Fortsetzung an die einzelnen Gehaltsmacherpflichtigen ergeht nicht; Zahlungen wollen an die Stadtkasse entweder in bar während der üblichen Kassenstunden oder barlos auf deren Konten gemacht werden.

Stuttgart, den 24. November 1932.

Der Gemeinderat.

Wohlüber
Bücher
Ibach
Steinway
Schulz
Oberlechner
Zimmermann
Piano-Lager
H. Maurer
Kaiserstr. 176
Ecke Hirschgasse

Gütermarkt überblickt für 12 RM. zu verkaufen. Einstraße 18, Weibers.

1. Rollschlammern 6,50 x 11 m. Fern. Gen. noch neu, 4. halb. Gen. zu verkaufen. W. Kiefer, Anielingen, Hildstr. 28.

Delektor 100 cm. 2. 8. 10. Hörer 1. 10. zu verkaufen. W. Kiefer, Hildstr. 11, 11.

Der lieiert Wappstein in Kommission. Abgeh. unter 6216 an den Volksteub.

Quartiers-Wappstein 600 cm. 2. 8. 10. Hörer 1. 10. zu verkaufen. W. Kiefer, Hildstr. 11, 11.

Wer erhaltene Doppelbank zu einem annehmbaren billigen Preis zu verkaufen. W. Kiefer, Hildstr. 11, 11.

Der billige Weihnachts-Verkauf beginnt Samstag, den 26. November
Immer gleichwertig gut, immer staunend billig, immer die riesige Auswahl die jeder Geschmacksrichtung und jedem Geldbeutel Rechnung trägt
LEIPHEIMER & MENDE



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

26. November.

1701 *Astronom Anders Celsius. — 1812 Französischer Marschall über die Beresina. — 1822 *Preussischer Staatsminister von Hardenberg. — 1840 *Historiker Karl von Rottet. — 1855 *Polnischer Dichter Ad. Mickiewicz. — 1857 *Dichter Eigenhoff. — 1918 Montenegro kommt zu Jugoslawien. — 1926 *Englischer Sozialist Beifort Baz.

Der Stadtrat hat beschlossen

Ausbau der Albuferanlagen

Die Albuferanlagen sollen, soweit es die Grundbesitzverhältnisse erlauben, nach einem einheitlichen Generalplan im Wege der Pflichtarbeit oder auch des freiwilligen Arbeitsdienstes nach und nach verwirklicht werden. Es wird zunächst angestrebt, im Gebiet der Albniederung durchgehende Wegverbindungen zu schaffen, die vorhandenen Anlagen zu erweitern und gute Anschlüsse für die Spazierwege herzustellen.

Zahlungstermine für die Gemeindesteuern

Die Gemeindesteuer, die bisher vierteljährlich im letzten Monat des Quartals erhoben wurde, soll ab April 1933 wie dies früher der Fall war, monatlich erhoben werden. Diese Veränderung ist vor allen Dingen dadurch bedingt, daß die Zahlungstermine für die Einkommensteuer vorverlegt wurden, wodurch sie mit denen der Gemeindesteuer zusammenfielen.

Singschule an der Badischen Hochschule und am Konservatorium für Musik. Mit Wirkung vom 1. Januar 1933 wird das Schulgeld an der Singschule von 15 auf 12 M. jährlich herabgesetzt.

Aufstellung eines Weihnachtsbaums auf dem Rathausballon. Auch in diesem Jahre wird zur Weihnachtszeit wieder ein Weihnachtsbaum auf dem großen Rathausballon aufgestellt und am heiligen Abend sowie an den Abenden des ersten und zweiten Weihnachtsfeiertages, am Silvester- und am Neujahrsabend beleuchtet werden.

Ehrungen. Dem Monteur Jakob Nagel Eheleuten hier wurde aus Anlaß der Feier der diamantenen Hochzeit eine Ehrengabe der Stadt mit einem Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters überreicht.

Genossin Maria Stoll †

Der Albeswinger Tod hat gestern Freitag eine liebe Genossin aus unseren Reihen gerissen. Sie war eine überaus gute Sozialistin, die seit Gründung der diesigen sozialdemokratischen Frauenaktion für die Menschenrechte und vor allem für die Idee des Sozialismus sich einsetzte. Zwar ist sie nicht öffentlich hervorgetreten, aber um so stärker wirkte sie im kleinen Kreis für die Sache der Arbeiterin. Sie verstand es, neben ihrer Arbeit als Hausfrau und Mutter noch freie Zeit zu gewinnen und sich in den Dienst für ihre bedrängten Mitmenschen zu stellen, um auf sozialem Gebiet zu wirken.

Als im Jahre 1912 erstmals die Kinderbeschaukommission, die Vorläuferin der Arbeiterwohlfahrt, die Kinderausflüge durchführte, war auch unsere Genossin Stoll in mütterlicher Fürsorge für die Kinder tätig; sie leitete mit Genossin Braun (jetzt Hildesheim) die große Kinderchor der Oststadt und war für deren Wohl besorgt. Nach dem Krieg wurde Genossin Stoll als Kassiererin unserer sozialen Einrichtung betraut und mit Umsicht und Verantwortungsbewusstsein verwaltete sie ihre Ehrenamt. Viele dem Kindesalter Entwöhnten, die so schöne Stunden mit Genossin Stoll verleben durften, vernehmen sicher mit Trauer und Wehmut ihren Heimgang.

Weiber hat ein schweres, hartnäckiges, lanawieriges Leiden ihr im besten Alter die Arbeit aus der Hand genommen, so daß sie seit mehreren Jahren an das Krankenlager gefesselt war. Nun hat die lebenswürdige, treue, rührige Kämpferin die Augen für immer geschlossen und Erlösung gefunden aus ihrem Leiden. Aber bei allen, die sie gekannt und die mit ihr zusammen gearbeitet haben, wird sie fortleben als leuchtendes Vorbild. Wir danken ihr und werden ihr Reis ein ehrendes Andenken bewahren. R. F.

Zum Kapitel Rundsunk

Ueber den musikalisch-künstlerischen Wert alter Mittelmärche kann man streiten. Unkritisch ist nicht der Begriff „Politische Dummbreit“ und eine solche politische Dummbreit ersten Ranges hat sich wieder einmal der „Südkant“ geleistet, als er im Rahmen eines Märchenpotpourris den in aller Welt in Text und Lied bekannten Märch. „Siegerich wollen wir Frankreich schlagen“ in den Weiter hinaus schmietete. So geschah am Donnerstag, den 24. November 1932, 13 Uhr 40 Minuten.

Ein Grenzlandlied, wie der Mühlader, sollte es sich zur vornehmsten Aufgabe machen, Gegensätze zwischen den Grenzländern zu überbrücken, und sich nicht in schmerzlichen Klagen gefallen. Wohl ist es heute, da viele Kreise Morgenluft von rechts wehen, billig, in nationalstiller Weisheit zu machen; sumal die Herzen vom Rundsunk die Rechnung, die sie aufzumachen im Besonderen wohl dann wieder wir jungen Deutschen mit unserer Gelandschaft und in unserm Leben auf den Schlachtfeldern zukünftiger Kriege, „Siegerich wollen wir Frankreich schlagen“.

Wir stellen näher fest, daß wir nicht „wollen“, wenn die Rundsunkmatadore dagegen selbst „wollen“, allein oder in geistesverwandter Gesellschaft, siegerich oder agentenhaft, so sei ihnen dies nicht verwehrt.

Der Persi-Tonfilm

läßt unermindert seine Zugkraft aus. Die Vorstellungen sind noch wie vor überfüllt, ein Zeichen des großen Interesses der Hausfrauen. Er läuft nun bis einschließlich 16. Dezember in der Schauburg und in den Palais-Lichtspielen. Beginn 8.30, 6.00 und 8.30 Uhr in der Schauburg und 8.00, 5.30 und 8.00 Uhr in den Palais-Lichtspielen. Der Eintritt ist frei.

(-) Die 2. Prämie der Winterhilfe-Lotterie gezogen. Bei der gestern vormittag unter amtlicher Aufsicht vorgenommenen Prämienziehung für die 2. Serie der Karlsruhe Winterhilfe-Lotterie fiel der Prämienbetrag von 100 M. auf das Los Nr. 25419. Die Ausschüttung des Gewinnes erfolgt nach Prüfung der Richtigkeit des vorliegenden Anteilsscheins auf der Geschäftsstelle der Winter-

Im Dienste der Nothilfe

Was ich als Werber der Nothilfe erlebte

Mit der rot eingebundenen Werbeliste der Karlsruhe Nothilfe unter dem Arm machte ich mich auf den Weg, um in meinem Bezirk für die Winterhilfe zu sammeln. Das es nicht leicht ist, von Tür zu Tür zu gehen und um eine Spende zu bitten, wußte ich. Mit ziemlicher Benägeltigkeit kinnete ich deshalb an der ersten Tür und bat um eine Spende. Und es wurde wirklich ein guter Anfang. Ich ließ für die Gabe ein Kirchengeld und das Notabschreiben zurück. Nach diesem ersten Erfolg hatte ich neuen Mut und Eifer bekommen. Wenn auch sehr oft die Bitte nicht so gut aufgenommen wurde wie bei der ersten Familie, so ließe ich mich nicht deprimieren, sondern versuchte es eben an der nächsten Tür. Gar manchmal hatte ich nämlich noch kaum mein Anliegen vorgebracht, patzig, schon die Tür zu, ohne ein Wort. An einer anderen Stelle machte sich der Hausherr recht deutlich über die ewige Bettelei. Als ob ich für mich selbst gebeten hätte! An mancher Tür wurde ich gebeten nochmals zu kommen, da die Hausfrau keinen Bescheid geben konnte, ohne zuvor mit ihrem Mann gesprochen zu haben. Gern habe ich das versprochen und bin voll Eifer wieder gekommen und noch ein drittes Mal, immer umsonst, und als ich dann das viertel kam, erhielt ich doch noch abschlägigen Bescheid. An vielen Türen erklärten mir die Leute sehr freundlich, weshalb sie in diesem Winter unmöglich etwas geben könnten. Oft sind Söhne und Töchter arbeitslos geworden und müssen von dem bedeutend heruntergegangenen Einkommen des Vaters mit erhalten werden. Oder manche Verwandte und Bekannte sind in Not und müssen mit unterstützt werden, so daß diese Familien wirklich nicht in der Lage sind, Bargeld zu spenden. Aber in den meisten Fällen war dann doch alte Weisheit oder unbrauchbar geworden Kleider vorhanden, die die verschiedenen Wohlfahrtsstellen gerne abholen lassen. Gerade bei diesen Familien, die selbst nur mühsam durchkommen, findet man meist sehr viel Verständnis für die Not der Erwerbslosen. Und wenn sie auch nicht viel geben können, so geben sie es von Herzen. Bei einem alten Mütterchen im 5. Stock eines Hauses wurde ich in die Küche geführt und als sie mir ihren kleinen Beitrag gab, sagte sie: „Es ist zwar nur wenig, aber alles was ich habe und es kommt von Herzen.“

Nicht in jedem Haus wußten die Bewohner über das Ziel der Nothilfe richtig Bescheid. So trat ich in einem Haus (familial) 4 Hausfrauen in eifriger Beratung auf der Treppe an. Sie eröffneten mir, daß sie nichts mehr für die Sammlungen geben könnten wegen der vielen Bettler, die täglich an die Glasstreu kämen und oft recht aufdringlich sind. Ich mußte meine ganze Wehrreduktionskunst anwenden, um ihnen klar zu machen, daß die Gabe, welche sie zur Winterhilfe geben, bedeutend besser ankommt, als wenn sie einem unbekanntem Bettler an der Glastüre abgegeben. Die Nothilfe verteilt die Gaben tatsächlich nur nach dem Gesichtspunkt der Bedürftigkeit ohne jede andere Rücksicht. Ich sah von den 4 Hausfrauen dann doch noch etwas erhielt, freute ich mich doppelt, denn ich hatte es recht erbittert müssen. In anderen Familien hatte ich es dafür um so leichter, denn eine schöne Spende war schon bereit gelegt. Das macht immer wieder neuen Mut. Einmal war ich schon fast einen ganzen Nachmittag treppauf, treppab gelaufen und hatte noch kaum etwas erhalten. Mutlos wollte ich für diesen Tag aufgeben, da erhielt ich an der letzten Tür eine so schöne Gabe, daß es wohl der großen Mühe wert war.

An vielen, vielen Türen bin ich in diesen Tagen gewesen und habe in den Geld meiner Familie Einbild bekommen. Wenn man mich auch manchmal unfreundlich behandelt hat, so habe ich doch aber in vielen anderen Fällen erlebt, wie alles aufgebracht wird, um die Not dieses Winters zu lindern. Bei solchen Familien kann man freundlich empfangen und verpönt sich von dem Wohltäter, welchem man ungerechtfertigterweise sonst so oft bezaehlet. Alle Werber sammeln doch nur im Interesse der Winterhilfe, ohne andere Belohnung als den Dank der Nothilfe. Werber, die einmal wurde ich darüber befragt, und als ich meine Antwort gab, sagte mir jemand ungläubig: „Als ob heutzutage jemand etwas umsonst tun würde.“

Aber jeder Werber nimmt die kleinen Unannehmlichkeiten mit in Kauf, denn der schönste Lohn für alle die Mühe ist der Dank der Gebende, daß dadurch viel Not und Hunger und Räte der bedürftigen Mitbürger gelindert wird.

Arbeitslosenversicherung u. Krisenfürsorge

Mit obigem Thema eröffnete das Gewerkschaftsblatt am Donnerstagabend im „Volkshaus“ den von ihm auch in diesem Winter wieder veranstalteten Bildungskurs. Koll. Kleiner hatte das Referat hierzu übernommen, wobei er betonte, daß die Bestimmungen der Renten-Versicherung auf einen Leistungsabbau auf der ganzen Linie, besonders aber in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge hinzielen. Sollen doch in der Arbeitslosenversicherung allein 527 Millionen eingepart werden. Die Einparungen gehen teilweise bis zu 60 Prozent herunter. Schlimm wirkt sich vor allen Dingen die Lohnklasseneinteilung aus und die Tatsache, daß nach 6 Wochen Arbeitslosenunterstützung schon die Bedürftigkeitsfrage gestellt wird. Der Redner ging sodann auf die Praxis bei der Feststellung der Bedürftigkeit ein und hob hervor, daß das Arbeitsamt hierzu bestimmte Richtlinien aufgestellt hat, die in einer besonderen Tabelle zusammengefaßt sind. Hat ein Arbeitsloser irgendwelche kleine Einkünfte, so werden ihm von diesem nur 20 Prozent und für ein erwerbsfähiges Familienangehörige 10 Prozent nicht angerechnet. Hat ein Arbeitsloser Grundbesitz, so kommt es darauf an, in welche Ertragswertklasse seine Grundstücke eingereiht sind und wie viel Einkommen, so werden ihm von diesem nur 20 Prozent und für ein erwerbsfähiges Familienangehörige 10 Prozent nicht angerechnet. Hat ein Arbeitsloser Grundbesitz, so kommt es darauf an, in welche Ertragswertklasse seine Grundstücke eingereiht sind und wie viel Einkommen, so werden ihm von diesem nur 20 Prozent und für ein erwerbsfähiges Familienangehörige 10 Prozent nicht angerechnet.

Der Vortrag des Kollegen Kleiner wurde sehr befähigt aufgenommen.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Fragen der Referenten gestellt, die er sachkundig in befriedigender Weise beantwortete, wobei er noch betonte, daß im Antragformular die Arbeitslose auch den Verdienst ihrer Eltern angeben muß. Wo der Verdienst der Eltern nicht angegeben ist, wird die Arbeitslosenunterstützung wieder zurückgezogen. Ferner wird die Arbeitslosenunterstützung wieder zurückgezogen, wenn die Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung nicht annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung wird wieder zurückgezogen, wenn die Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung nicht annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung wird wieder zurückgezogen, wenn die Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung nicht annehmen.

Freiwillig verpflichten in der Arbeitslosenversicherung kann sich ein Arbeiter nur, wenn er Grenzlandbauer ist, d. h. wenn er in Deutschland wohnt, aber täglich oder wöchentlich, oder vielschließlich ins Ausland zur Arbeit geht. In diesem Falle kann sich der Arbeiter in Deutschland gegen Arbeitslosigkeit freiwillig versichern. Ein Anstellter kann sich gegen Arbeitslosigkeit freiwillig versichern, wenn er nicht versicherungspflichtig ist, d. h. wenn er mehr als 8400 M. Gehalt hat. Den Großindustriellen geht der Wba in der Sozialversicherung, wie er durch die 5. Rentenordnung vorge-

nommen wurde, immer noch nicht weit genug und sie erlaubt nicht den Zeitpunkt gekommen, das erledigen zu können, was die Arbeiterin in jahrelanger mühsamer Arbeit aufgebracht hat. Die Gewerkschaften dürfen sich aber nicht damit zufrieden geben, sondern weitere Anträge auf die Sozialversicherung abzugeben. Wir müssen alles daran setzen, das uns Entzogene wieder zu bekommen. Wir müssen wieder zurückgeholt. Dringende Voraussetzung ist aber, daß die Gewerkschaften gefestigt werden und die Arbeiterin in der schließlichen Front aufmarschieren. Es muß deshalb heute mehr als je der Arbeiterin ins Gehirn eingeprägt werden, daß die Arbeitslosenunterstützung die Arbeitsbewegung aufhalten muß. Die Sozialversicherung ist ein Mittel, um die Arbeitslosenunterstützung zu verhindern. Die Sozialversicherung ist ein Mittel, um die Arbeitslosenunterstützung zu verhindern.

Der Vortrag des Kollegen Kleiner wurde sehr befähigt aufgenommen.

In der anschließenden Diskussion wurden verschiedene Fragen der Referenten gestellt, die er sachkundig in befriedigender Weise beantwortete, wobei er noch betonte, daß im Antragformular die Arbeitslose auch den Verdienst ihrer Eltern angeben muß. Wo der Verdienst der Eltern nicht angegeben ist, wird die Arbeitslosenunterstützung wieder zurückgezogen. Ferner wird die Arbeitslosenunterstützung wieder zurückgezogen, wenn die Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung nicht annehmen. Die Arbeitslosenunterstützung wird wieder zurückgezogen, wenn die Arbeitslosen die Arbeitslosenunterstützung nicht annehmen.

Freiwillig verpflichten in der Arbeitslosenversicherung kann sich ein Arbeiter nur, wenn er Grenzlandbauer ist, d. h. wenn er in Deutschland wohnt, aber täglich oder wöchentlich, oder vielschließlich ins Ausland zur Arbeit geht. In diesem Falle kann sich der Arbeiter in Deutschland gegen Arbeitslosigkeit freiwillig versichern. Ein Anstellter kann sich gegen Arbeitslosigkeit freiwillig versichern, wenn er nicht versicherungspflichtig ist, d. h. wenn er mehr als 8400 M. Gehalt hat. Den Großindustriellen geht der Wba in der Sozialversicherung, wie er durch die 5. Rentenordnung vorge-

nommen wurde, immer noch nicht weit genug und sie erlaubt nicht den Zeitpunkt gekommen, das erledigen zu können, was die Arbeiterin in jahrelanger mühsamer Arbeit aufgebracht hat. Die Gewerkschaften dürfen sich aber nicht damit zufrieden geben, sondern weitere Anträge auf die Sozialversicherung abzugeben. Wir müssen alles daran setzen, das uns Entzogene wieder zu bekommen. Wir müssen wieder zurückgeholt. Dringende Voraussetzung ist aber, daß die Gewerkschaften gefestigt werden und die Arbeiterin in der schließlichen Front aufmarschieren. Es muß deshalb heute mehr als je der Arbeiterin ins Gehirn eingeprägt werden, daß die Arbeitslosenunterstützung die Arbeitsbewegung aufhalten muß. Die Sozialversicherung ist ein Mittel, um die Arbeitslosenunterstützung zu verhindern. Die Sozialversicherung ist ein Mittel, um die Arbeitslosenunterstützung zu verhindern.

hülfe-Lotterie, Kaiserstraße 156. Falls das Los im Zehnerteil-Spiel gekauft wurde, entfällt auf jeden Mitspieler ein Prämienanteil von 20 Mark.

(-) Konzert im Klubhaus. Am Samstag, den 26. November 1932, um 17.30 Uhr der Arbeiter-Gesangverein „Freiheit“ Feiertag beim und der Gemischte Chor „Brüderbund“ im Klubhaus unter dem Gen. R. H. Schilling. — Zur Aufführung kommen neben „Scappella“-Chören, Werke für Männerchor mit Soprano und mit Flöten, Klarinetten und Hörnerensemble.

(-) Das Kunsthause Büchle. Im Verlage, Ludwigsplatz, zeigt in seinen 5 Schaufenstern lebenswerte Kunstausstellungen. Der bekannteste Maler Hemping ist vertreten durch hervorragende Porträts und Landschaften, während Maler Roos (Kuppenheim) den Beschauer nach Beschäftigung und Laufen in A. führt. Seine Landschaftsmotive sprechen von warmempfundener Auffassung und Farbgebung. An Hans Schroeder (Houlen vor Wald) erinnern einige Blumenbilder sowie ein Idyll von eigenem Reiz und Formschönheit. Das Porträt des alten Mannes ist Ausdruck hohen seelischer Reife. Eine größere Anzahl Gemälde und Graphik-

werden zum Kauf als Weihnachtsgeschenk und empfehlen wir Kunstliebhabern die Beschäftigung der dauernd wechselnden Ausstellungen.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungen. 23. November: Göb, 22 Jahre alt, ledig, Gertrudstraße (Neustadt-Niederbären). — Gert Arthur, 19 Jahre alt, ledig, Schiller, ledig (Mannheim). — Leopold, 29 Jahre alt, ledig, Schiller, ledig. — Beerdigung am 23. November, 14 Uhr. — 24. November: Constantin, 58 Jahre alt, ledig, Schiller, ledig. — Beerdigung am 24. November, 11.15 Uhr in der Schauburg. — Kaufmann, Eleonore, 3 Jahre alt, Baharbeiter-Kinder (Unterarmbach). — Scheid, Bertha, 64 Jahre alt, Lager-Arbeiter (Unterarmbach). — Seiler, Katharina, 66 J. alt, Lager-Arbeiter (Unterarmbach). — Beerdigung am 24. November, 14 Uhr. — 25. November: Stoll, Marie, 55 Jahre alt, Sattlers-Gehilfe. — Beerdigung am 25. November, 14.30 Uhr. — Förster, Elisabeth, 40 Jahre alt, Stoll-Gehilfe (Ottenshofen).

GRITZNER-Nähmaschinen Erster Klasse deutsche Erzeugnisse

Vertreter an allen Plätzen **Gritzner-Kayser A.-G., Durlach**

Die Polizei berichtet:

Diebstahl

In der Nähe des Friedhofs wurde gestern eine Gartenhütte erbrochen und daraus 12 Enten im Werte von etwa 40 M gestohlen.

Schlagererei

In der vergangenen Nacht kam es in der Klippdurrer Straße zu einer Schlagererei, in deren Verlauf einem Beteiligten eine Axtensäge mit Anlauf entrollen wurde; auch wurde mit einer Scherschneidmaschine ein Schuß abgegeben. Die Täter gingen angefaßt der herbeieilenden Polizei flüchtig. Verdächtige wurden festgenommen. Fahndung nach weiteren Tätern wurde sofort aufgenommen.

*

(1) Wo bleibt der Menschenschädel? Man schreibt uns: Vor einigen Tagen ist eine Notiz durch die Blätter gegangen, wonach auf Veranlassung des Tierärztlichen Bezirksvereins erfolgt sind zwei Personen auf einem Wagen von einem Hund durch die Straße ziehen lassen. Mit Recht hat man diese Sache als Tierquälerei bezeichnet. Nun gibt es auch eine Menschenquälerei. Ein Beispiel davon hat ein Gemälde- und Bildhauer in der Vorfröhen hier gegeben. Dieser Herr ist Eigentümer des Hauses und löst zur Zeit, was übrigens in Betracht der katastrophalen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe lobend anerkannt wird, seinen Hauseingang mit Plättchen an den Wänden belegen. Zu diesem Zweck war es notwendig, daß der Wirtel von den Wänden losgerissen werden mußte. Anstatt nun, wie dies allgemein üblich ist, der Plattenlegerfirma diese Arbeit zu übertragen, holte sich dieser Herr Gemäldehändler sein Dienstmädchen zu dieser Arbeit heran. Jeder Mensch weiß, daß das Kopfen von Wänden großen Staub entwickelt und daß dieser Staub für die inneren Organe des Menschen, besonders für den weiblichen Organismus sehr schädlich ist. Das kümmerte anscheinend den Herrn Gemäldehändler nicht. Aus reiner Sparsamkeit er also mit der Gesundheit seines Dienstmädchens. Ist dies keine Menschenquälerei? Wo bleibt hier der Menschenschädel? Aber noch auf ein anderes muß hingewiesen werden. Der Herr geht zu seiner Klippdurrer überwiegen Arbeiter. Diese tragen mit ihren wenigen Groschen in seiner Erziehungsmöglichkeit. Ist es in Betracht dieser Tatsache keine Verhöhnung der Arbeitslosen, wenn anstatt einem der Letzteren die Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, der Herr Gemäldehändler sein Dienstmädchen zu solch gesundheitschädlichen Bauarbeiten verwendet?

Lehrspielhäuser

Neue Filme!

Die Europa-Filmwerke A.-G. zeigte in den „Reisende-Spielstätten“ zwei Filmmuster. Das Programm teilt sich in einen Teil, den man „Die neue Welt“ nennen kann, und einen anderen Teil, den man „Die alte Welt“ nennen kann. Der erste Teil ist ein Film, der die Geschichte der Entdeckung Amerikas erzählt. Der zweite Teil ist ein Film, der die Geschichte der Entdeckung Australiens erzählt. Die Filmmuster sind sehr schön gemacht und zeigen die Natur der neuen Welt in einer sehr lebendigen Weise. Die Filmmuster sind in den Spielstätten zu sehen. Die Filmmuster sind in den Spielstätten zu sehen.

Auskünfte der Redaktion

Reichswahl, 14. Infanterie-Regiment Konstanz. Gewaltsam. Der Reichswahl hat das Recht, den von Ihnen genannten Beitrag auf die Richter umzusetzen. S. R. E. Es geht Ihnen die Kriegenunterstützung zu, machen Sie also ein Gelächern an das Arbeitsamt. Nr. 100. An der Schaffung einer stabilen Markwährung zur Bekämpfung der Inflation hat der frühere Reichsfinanzminister Herr Dr. Hilferding das Hauptverdienst, während Herr Dr. Brüning vor allem die Konvention propagierte. Dr. Brüning führte dann als Finanzkommissar und späterer Reichsfinanzpräsident die Transaktion der Rentenmark durch, ein Verdienst, das er später durch seine Inflationspolitik wieder entwertete. Dr. Brüning wurde im Dezember 1923 Reichsfinanzpräsident, nachdem er im November 1923 zum Finanzkommissar ernannt worden war. Kalkül. Im Etatjahr 1924 besaß der Reichspräsident Herr Ebert 53 150 M., von denen die Hälfte als Gehalt, die andere Hälfte als Aufwandsgehalt bestimmt waren. Für das Etatjahr 1925 waren ursprünglich für Herr Ebert im Reichsausgabebudget in Höhe von 101 880 M. vorgesehen, 50 000 M. davon sollten als Aufwandsgehalt dienen. In der Inflationzeit hat Herr Ebert auf einen Teil seiner Einkünfte verzichtet. Er hat sich mit dem begnügt, was er zur Befreiung der unbedeutend nötigen Ausgaben gebraucht. Nach dem Amtsantritt des Reichspräsidenten Hindenburg sind die Gehälter des Reichspräsidenten noch für den Etat 1925 und dementsprechend für alle folgenden Etats auf 150 000 M. erhöht worden. 60 000 M. davon waren Gehalt, 120 000 M. Aufwandsgehalt. Durch die Gehaltskürzungsverordnungen der Reichsregierung ist dieses Gehalt um circa 37 Prozent vermindert worden, so daß es circa 20 000 M. beträgt, die Aufwandsgehalt belaufen sich unvermindert auf 120 000 M. S. E. Der Erbe tritt in die Rechte und Pflichten des Erblassers ein und muß das Nachverhältnis Lindau zu Martini 1933. Er kann also das Grundstück nicht ohne weiteres an sich ziehen. S. B. 100. Der Vater des Kindesopfers ist dazu nicht verpflichtet. Bittliches Brennholz ist in der ehem. Maschinenbaugesellschaft zu haben. Siehe heutiges Inserat.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Haupt-Versammlung

Donnerstag, 1. Dezember, abends 8 Uhr, im Festsaal des Restaurants „Friedrichshof“.

Tagesordnung: Berichterstattung über den Offenburger Parteitag.

Zahlreiche Beteiligung der Parteimitglieder erwartet.

Der Vorstand.

Ohne Mitgliedsbuch ist der Zutritt zum Versammlungsort nicht gestattet.

Handarbeits- und Lesende für die Genossinnen

Montag, 28. Nov.: Hardtsche Mühle. Ref.: Gen. Wieser.

Montag, 28. Nov.: Telearbeitsklub Hardtschule. Ref.: Gen. Wieser.

Dienstag, 29. Nov.: Klippdurrer Kindergarten. Ref.: Gen. Wieser.

Freitag, 2. Dezember, abends 8 Uhr, im Festsaal des Restaurants „Friedrichshof“ (Nebenraum) eine Versammlung der Frauenaktion. Es spricht Gen. Wieser über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenverhandlungen. Die Genossinnen sind hierzu freundlichst eingeladen mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung. Auch Volksfreundinnen sind willkommen.

Arbeiter-Wohlfahrt Karlsruhe

Die Bezirksleiterinnen werden zu einer Sitzung des erweiterten Vorstandes am Montag, den 28. November, abends 8 Uhr, in die Nähstube, Karl-Friedrich-Str. 22, gebeten.

Reichsbanner Schwarz-Goldd

Stabs-Versammlung am Montag, den 28. November, abends 8 Uhr, bei Kam. Beigel „Zum Salmer“. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

EISERNE FRONT KARLSRUHE

S. B. 1 und 5

Sonntag, 27. November, vormittags von 10-11 Uhr Pflichtübung am Plat. Altes hat zu erscheinen.

RUNDFUNK

Sonntag, 27. Nov. 6.35 Uhr: Sinfonietz. 8.15 Uhr: Symphonie. 10.15 Uhr: Sinfonietz. 11.30 Uhr: Sinfonietz. 12.15 Uhr: Sinfonietz. 13.15 Uhr: Sinfonietz. 14.20 Uhr: Sinfonietz. 15.15 Uhr: Sinfonietz. 16.15 Uhr: Sinfonietz. 17.15 Uhr: Sinfonietz. 18.15 Uhr: Sinfonietz. 19.15 Uhr: Sinfonietz. 20.15 Uhr: Sinfonietz. 21.15 Uhr: Sinfonietz. 22.15 Uhr: Sinfonietz. 23.15 Uhr: Sinfonietz. 24.15 Uhr: Sinfonietz. 25.15 Uhr: Sinfonietz. 26.15 Uhr: Sinfonietz. 27.15 Uhr: Sinfonietz. 28.15 Uhr: Sinfonietz. 29.15 Uhr: Sinfonietz. 30.15 Uhr: Sinfonietz. 31.15 Uhr: Sinfonietz. 32.15 Uhr: Sinfonietz. 33.15 Uhr: Sinfonietz. 34.15 Uhr: Sinfonietz. 35.15 Uhr: Sinfonietz. 36.15 Uhr: Sinfonietz. 37.15 Uhr: Sinfonietz. 38.15 Uhr: Sinfonietz. 39.15 Uhr: Sinfonietz. 40.15 Uhr: Sinfonietz. 41.15 Uhr: Sinfonietz. 42.15 Uhr: Sinfonietz. 43.15 Uhr: Sinfonietz. 44.15 Uhr: Sinfonietz. 45.15 Uhr: Sinfonietz. 46.15 Uhr: Sinfonietz. 47.15 Uhr: Sinfonietz. 48.15 Uhr: Sinfonietz. 49.15 Uhr: Sinfonietz. 50.15 Uhr: Sinfonietz. 51.15 Uhr: Sinfonietz. 52.15 Uhr: Sinfonietz. 53.15 Uhr: Sinfonietz. 54.15 Uhr: Sinfonietz. 55.15 Uhr: Sinfonietz. 56.15 Uhr: Sinfonietz. 57.15 Uhr: Sinfonietz. 58.15 Uhr: Sinfonietz. 59.15 Uhr: Sinfonietz. 60.15 Uhr: Sinfonietz. 61.15 Uhr: Sinfonietz. 62.15 Uhr: Sinfonietz. 63.15 Uhr: Sinfonietz. 64.15 Uhr: Sinfonietz. 65.15 Uhr: Sinfonietz. 66.15 Uhr: Sinfonietz. 67.15 Uhr: Sinfonietz. 68.15 Uhr: Sinfonietz. 69.15 Uhr: Sinfonietz. 70.15 Uhr: Sinfonietz. 71.15 Uhr: Sinfonietz. 72.15 Uhr: Sinfonietz. 73.15 Uhr: Sinfonietz. 74.15 Uhr: Sinfonietz. 75.15 Uhr: Sinfonietz. 76.15 Uhr: Sinfonietz. 77.15 Uhr: Sinfonietz. 78.15 Uhr: Sinfonietz. 79.15 Uhr: Sinfonietz. 80.15 Uhr: Sinfonietz. 81.15 Uhr: Sinfonietz. 82.15 Uhr: Sinfonietz. 83.15 Uhr: Sinfonietz. 84.15 Uhr: Sinfonietz. 85.15 Uhr: Sinfonietz. 86.15 Uhr: Sinfonietz. 87.15 Uhr: Sinfonietz. 88.15 Uhr: Sinfonietz. 89.15 Uhr: Sinfonietz. 90.15 Uhr: Sinfonietz. 91.15 Uhr: Sinfonietz. 92.15 Uhr: Sinfonietz. 93.15 Uhr: Sinfonietz. 94.15 Uhr: Sinfonietz. 95.15 Uhr: Sinfonietz. 96.15 Uhr: Sinfonietz. 97.15 Uhr: Sinfonietz. 98.15 Uhr: Sinfonietz. 99.15 Uhr: Sinfonietz. 100.15 Uhr: Sinfonietz.

Radio-Strauss Karlsruhe i. B.

Bei Kauf Ihrer Radio-Anlage besuchen Sie zuerst das führende Rundfunkhaus

Radio-Strauss Karlsruhe i. B. Kaiserstr. 46, Tel. 5015

Mittwoch, 30. Nov.: 6.15 Uhr: Sinfonietz. 7.30 Uhr: Sinfonietz. 8.45 Uhr: Sinfonietz. 10.15 Uhr: Sinfonietz. 11.30 Uhr: Sinfonietz. 12.15 Uhr: Sinfonietz. 13.15 Uhr: Sinfonietz. 14.20 Uhr: Sinfonietz. 15.15 Uhr: Sinfonietz. 16.15 Uhr: Sinfonietz. 17.15 Uhr: Sinfonietz. 18.15 Uhr: Sinfonietz. 19.15 Uhr: Sinfonietz. 20.15 Uhr: Sinfonietz. 21.15 Uhr: Sinfonietz. 22.15 Uhr: Sinfonietz. 23.15 Uhr: Sinfonietz. 24.15 Uhr: Sinfonietz. 25.15 Uhr: Sinfonietz. 26.15 Uhr: Sinfonietz. 27.15 Uhr: Sinfonietz. 28.15 Uhr: Sinfonietz. 29.15 Uhr: Sinfonietz. 30.15 Uhr: Sinfonietz. 31.15 Uhr: Sinfonietz. 32.15 Uhr: Sinfonietz. 33.15 Uhr: Sinfonietz. 34.15 Uhr: Sinfonietz. 35.15 Uhr: Sinfonietz. 36.15 Uhr: Sinfonietz. 37.15 Uhr: Sinfonietz. 38.15 Uhr: Sinfonietz. 39.15 Uhr: Sinfonietz. 40.15 Uhr: Sinfonietz. 41.15 Uhr: Sinfonietz. 42.15 Uhr: Sinfonietz. 43.15 Uhr: Sinfonietz. 44.15 Uhr: Sinfonietz. 45.15 Uhr: Sinfonietz. 46.15 Uhr: Sinfonietz. 47.15 Uhr: Sinfonietz. 48.15 Uhr: Sinfonietz. 49.15 Uhr: Sinfonietz. 50.15 Uhr: Sinfonietz. 51.15 Uhr: Sinfonietz. 52.15 Uhr: Sinfonietz. 53.15 Uhr: Sinfonietz. 54.15 Uhr: Sinfonietz. 55.15 Uhr: Sinfonietz. 56.15 Uhr: Sinfonietz. 57.15 Uhr: Sinfonietz. 58.15 Uhr: Sinfonietz. 59.15 Uhr: Sinfonietz. 60.15 Uhr: Sinfonietz. 61.15 Uhr: Sinfonietz. 62.15 Uhr: Sinfonietz. 63.15 Uhr: Sinfonietz. 64.15 Uhr: Sinfonietz. 65.15 Uhr: Sinfonietz. 66.15 Uhr: Sinfonietz. 67.15 Uhr: Sinfonietz. 68.15 Uhr: Sinfonietz. 69.15 Uhr: Sinfonietz. 70.15 Uhr: Sinfonietz. 71.15 Uhr: Sinfonietz. 72.15 Uhr: Sinfonietz. 73.15 Uhr: Sinfonietz. 74.15 Uhr: Sinfonietz. 75.15 Uhr: Sinfonietz. 76.15 Uhr: Sinfonietz. 77.15 Uhr: Sinfonietz. 78.15 Uhr: Sinfonietz. 79.15 Uhr: Sinfonietz. 80.15 Uhr: Sinfonietz. 81.15 Uhr: Sinfonietz. 82.15 Uhr: Sinfonietz. 83.15 Uhr: Sinfonietz. 84.15 Uhr: Sinfonietz. 85.15 Uhr: Sinfonietz. 86.15 Uhr: Sinfonietz. 87.15 Uhr: Sinfonietz. 88.15 Uhr: Sinfonietz. 89.15 Uhr: Sinfonietz. 90.15 Uhr: Sinfonietz. 91.15 Uhr: Sinfonietz. 92.15 Uhr: Sinfonietz. 93.15 Uhr: Sinfonietz. 94.15 Uhr: Sinfonietz. 95.15 Uhr: Sinfonietz. 96.15 Uhr: Sinfonietz. 97.15 Uhr: Sinfonietz. 98.15 Uhr: Sinfonietz. 99.15 Uhr: Sinfonietz. 100.15 Uhr: Sinfonietz.

Wasserstand des Rheins

Kasel 49, gef. 25; Waldshut 249, gef. 35; Rheinweiler minus 122, gef. 44; Rehl 263, gef. 22; Magau 450, gef. 60; Mannheim 302, gef. 55; Caub 188, gef. 15; Zentimeter.

Weißer Zähne: Chlorodont

Karlsruher Umgebung

Saagsfeld

Gemeinderatsbericht vom 24. Dezember

Der Antrag des Grundbuchhilfsbeamten, das Buch über Grundbuchrecht zu beschaffen, wurde abgelehnt. — Genehmigung findet die Anschaffung eines Ofenwandbrenners für die Schule. — Ein Nachlass-Geld wurde 50 Prozent befristet. — Das Konseptionsgeld des Christian Gabel aus Unterschloß zum Friedrichshof hier wurde, da keine Einwendungen vorliegen, genehmigt. — Zur Kenntnisnahme kam ein Schreiben der Behörde, wonach die Bildung eines Gutachtenausschusses verlangt wird. Beschluß wurde keine gefaßt. — Am 25. ds. Mts. findet auf Veranlassung des Finanzamtes, in Graben ein Vortrag über die Vorzüge der Steuererleichterung statt. Zwecks Information über die für die Gemeinde wichtige Angelegenheit werden Bürgermeister und Rechnungsführer delegiert. Die Kostenübernahme für die Delegation wird beschlossen. — Zugestimmt wurde dem Eberverkauf, der zum Preise von 60 M. abgelehrt wird. — Der Sitz am Reichenwagen wird geändert und vergeben. — Bestimmt werden die bisherigen Käufer zur Versteigerung am 1. Dezember. — Am Samstag werden 93 Eier freigegeben. — Am Montag, den 28. November wird im Friedhof mit dem Holzmachen begonnen. — Den drei gerina besetzten Gemeindevorsteher, die zum Teil unter den Fürsorgefähigen liegen, erläßt die Gemeinde künftig die Soziallasten. — Das Baugesuch des Emil Sauer am Karlsruher Weg wurde zur Genehmigung der Baukommission überwiesen. — Die Notgemeinschaft hat bereits an Bedürftige Lebensmittel zur Verteilung abgedruckt. Kohlen werden nächste Woche ausgegeben. Ueber den Preisverlust der Gemeinde am Dienstag Beschluß fassen. Die Gemeinde meine Kollage kann unserer Ansicht nach mit al. d. d. Mittel nicht völlig behoben, sondern nur gemildert werden. Allerdings müßte eine stärkere Milderung einleiten, als bisher. S - e.

Weingarten

Noch gut abgelaufen. Donnerstag Nacht fürchte ein innerer Mann von hier infolge der herrschenden Dunkelheit beim Passieren des schmalen Gehweges bei der Turnhalle in den 2 Meter tiefen Abflusskanal der Walsbach. Glücklicherweise hat der Betroffene aus einem unfreiwilligen Bad keine weiteren Schäden erlitten. Dieser Vorfall sollte alle zur Vorsicht mahnen, welche den östigen Weg nach einbrechender Dunkelheit benutzen.

Konzert des Arbeiter-Gesangvereins „Vorwärts“

Wie alljährlich wenn die Herbststürme über das Land wehen, so veranstaltet auch am morgigen Sonntag wieder der „Vorwärts“ sein bereits zur Tradition gewordenes Konzert. Der Chor hat unter der Leitung des erst seit kurzer Zeit amtierenden Chorleiters, Herrn Kammermeister Ernst Lang-Karlsruhe, bedeutende Fortschritte gemacht. Das Stimmensmaterial ist in letzter Zeit durch Zuzug jüngerer Kräfte verbessert worden. Ein reichhaltiges Programm ist zusammengestellt und dürfte jeder Besucher, zumal die Eintrittspreise äußerst niedrig gehalten sind, auf seine Rechnung kommen. In die gesamte hiesige Arbeiterschaft ergeht der Ruf, in der heute ganz besonders schweren Zeit, ihre Kulturorganisation durch reiflichen Besuch zu unterstützen. Kost Solidarbeit, bleibt bürgerlichen Veranstaltungen am Sonntag fern. Beginn nachmittags 3 Uhr in der „Kärcherhalle“.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 26. November bis 4. Dezember 1932.

Im Landestheater: Samstag, 26. November: *F 8 *Tz.-Gem. 301-400. Der Mann mit den grauen Schläfen. Lustspiel von Leo Lenz. 20-22.30 Uhr (3.00 M.).

Sonntag, 27. November: Nachmittags: 5. Vorstellung der Sonnermette für Knaben: Fignaros Hochzeit. Komische Oper von Mozart. 15 bis 18 Uhr (3.20 M.). Abends: *F 9 *Tz.-Gem. 301-300. Hofmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20-22.30 Uhr (5.70 M.).

Montag, 28. November: *F 9 *Tz.-Gem. 301-300. Der Mann mit den grauen Schläfen. Lustspiel von Leo Lenz. 20-22.30 Uhr (3.00 M.).

Dienstag, 29. November: *C 10 *Tz.-Gem. 401-500. Florian Oepler. Tragödie von Gerhart Hauptmann. 20-22.30 Uhr (3.90 M.).

Mittwoch, 30. November: 3. Sinfoniekonzert. Sinf. 1. (3.70 M.).

Donnerstag, 1. Dezember: *D 10 (Donnerstagsmette) Tz.-Gem. III. S.-Gr. 2. Hälfte. Zum 70. Geburtstag des Komponisten: Neu einstudiert: Mefist. Dramatische Symphonie von Friedrich Schöpfung. 20 bis nach 22.30 Uhr (5.00 M.).

Freitag, 2. Dezember: *F 10 (Freitagmette) Tz.-Gem. III. S.-Gr. 1. Hälfte. Robinson soll nicht sterben. Ein Stück von Friedrich Schiller. 20-22.30 Uhr (3.00 M.).

Sonntag, 4. Dezember: *F 9 *Tz.-Gem. I. S.-Gr. Unter Leitung des Komponisten: Die ägyptische Helena. Oper von Richard Strauss. 20 bis gegen 22.30 Uhr (5.00 M.).

Sonntag, 4. Dezember: *G 10 *Tz.-Gem. 901-1000. Mefist. Dramatische Symphonie von Friedrich Schöpfung. 19.30 bis nach 22 Uhr (5.70 M.).

Am Badischen Landestheater: Neu einstudiert: Mefist. — Mefist. Wölfe mit Gefangenen von Gustav Michaelis. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr (3.00 M.).

Sonntag, 4. Dezember: *Mefist. — Mefist. Wölfe mit Gefangenen von Gustav Michaelis. 19.30 bis gegen 22.30 Uhr (2.60 M.).

Auswärtiges Gastspiel: Donnerstag, 1. Dezember: In Reußland: Der Mann mit den grauen Schläfen.

Badisches Landestheater „Kärcherhalle“

Die alte, unverwundliche Gelangspolke von S. Willen und D. Justinius mit der Musik von Gustav Michaelis, geht im Konzertsaal am Sonntag, den 27. November, in der Bearbeitung von Toni Impeloven und Richard Weidert, neu einstudiert in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Bertram, Erwig, Genter, Höder, Janz, Kraker und Rademacher, sowie die Herren Ernst, Gemmede, Höder, Kloebe, Paul und Hans Müller, Pruscha und Schönholzer beschäftigt. Die Regie führt Fritz Ders. Curt Stern hat die musikalische Leitung.

3. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaterorchesters

Die Aufführung einer Wunder-Sinfonie, unter den erschwerten Umständen heute fast zu einer Seltenheit geworden, bildet das orchestrale Hauptereignis des nächsten Sinfoniekonzertes am Mittwoch, den 30. November. Schon deshalb, doch auch weil es gerade die Sinfonie in E-Dur ist, die zum Vortrag unter Generalmusikdirektor Josef Kreis kommt, gewinnt der Abend eine über den engeren Musikerkreis weit hinausreichende Bedeutung. Außerdem lockt aber der Name Adolf Busch; und wenn der weltberühmte Solist gar noch Beethovens Violinkonzert gewährt hat, wissen nicht nur die Besucher seiner früheren Gastabende, welche großes Erlebnis ihnen damit bevorsteht. Zweifellos empfiehlt sich deswegen allen Nicht-Abonnenten, baldmöglichst um einen guten Platz Besorg zu sein.

Fango der Heiltschlamm

Rheumatismus, Gicht, Ischias, Chronische Entzündungen aller Art treten in den Wintermonaten erkrankungsmäßig häufiger auf, als im Sommer. Die davon Betroffenen empfinden das sehr schwer, weil die meisten Gelenkern in Winter geschlossen sind.

Unter den vielen Arzneimitteln, welche die Großstädte zur Bekämpfung dieses Leidens in ihren Abteilungen betreiben, nimmt der Fango die erste Stelle ein. Der Fango wird in der württembergischen Gicht in der Nähe des Bades Neuenahr gewonnen. Es ist ein medikamentöses Badewasser von verschiedenen Salzen (Salzen der Kieselsäure), welches mit dem Wasser zu einem dickenartigen Brei verarbeitet und dann in einer dicken Schicht auf den erkrankten Körper aufgetragen wird. Er bildet somit ein hervorragendes, dessen anhaltendes, hervorragend wärmehaftendes Katalysma, dessen doppeldeutige Selbstheilung mit durch die Kieselsäureverbindungen und dem hohen Gehalt an Natriumcarbonat bedingt ist. Die Ärzte bedienen sich dieses Mittels daher seit vielen Jahren in großem Umfang.

So hat sich der Fango in Krankenhäusern, in Bad, Baden und Sanatorien längst eingebürgert. In großen Heilbädern wie Baden-Baden und Wiesbaden gehört der Fango zu den unentbehrlichen Heilmitteln.

Der in Karlsruhe werden Fangoverbindungen von den Ärzten schon seit mehr als 30 Jahren verordnet und im Heroldbad und Friedrichshof abgegeben. Die Verarbeitung erfolgt durch ärztlich geschultes Personal.

